

Nordrhein-Westfalen Landtag intern 21



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 23. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 15. 12. 1992

WORT UND WIDERWORT

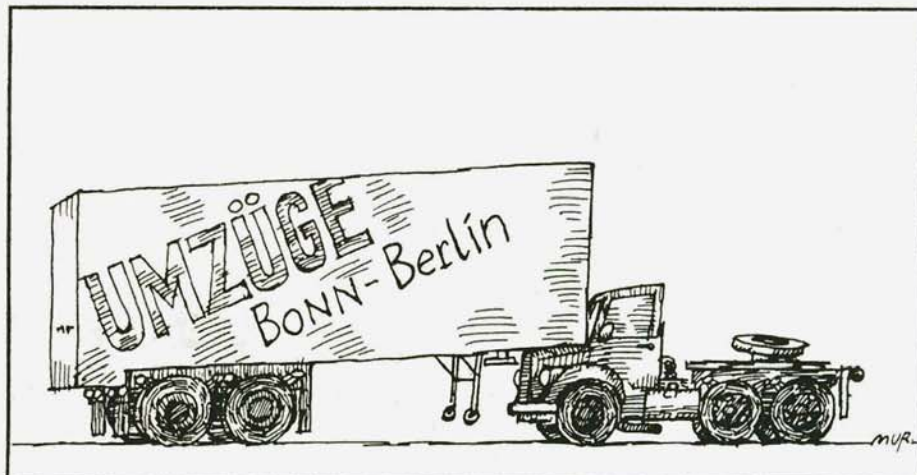
Muß zur Finanzierung des ÖPNV die Mineralölsteuer erhöht werden?

Die Kommunen hätten die Grenzen ihrer Belastbarkeit erreicht. Zur Finanzierung des ÖPNV müsse daher eine neue Einnahmequelle erschlossen werden; hier liege die Erhöhung der Mineralölsteuer nach dem Grundsatz „Verkehr finanziert Verkehr“ am nächsten, und zwar zweckgebunden für den ÖPNV. Die Einsicht der Autofahrer in die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme dürfte groß sein, wenn sichergestellt werde, daß die entsprechenden Einnahmen zur Förderung des ÖPNV eingesetzt würden. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Karl Böse**. Der CDU-Abgeordnete **Heinrich Dreyer** unterstreicht, die Mineralölsteuer müsse zweckgebunden für den öffentlichen Verkehr um 20 Pfennig erhöht werden. Damit werde eine solide Grundlage geschaffen, um das Verkehrswachstum der Zukunft auf verbesserte öffentliche Verkehrsmittel zu lenken. Neben dem ÖPNV sei auch die Privatisierung der deutschen Bahnen über eine Erhöhung der Mineralölsteuer für mindestens zehn Jahre um neun Pfennig je Liter für diesen Zweck zu finanzieren. Die F.D.P.-Abgeordnete **Marianne Thomann-Stahl** meint, die Mineralölsteuer entwickle sich als Finanzierungsinstrument zum „Jäger '90“ der Verkehrs- und Energiepolitik. Fast immer, wenn Finanzminister oder Finanzpolitiker nach neuen Finanzmitteln Ausschau hielten, verharre ihr Blick beim „Goldesel Autofahrer“ und damit bei der Mineralölsteuer. Lasse sich doch eine Erhöhung dieser Steuer gleich dreifach begründen: mit der Umwelt, mit der Förderung des ÖPNV und mit der Füllung der Staatskasse. Der Grünen-Abgeordnete **Dr. Manfred Busch** vertritt die Ansicht, durch enorme öffentliche Subventionen könne das Auto den ÖPNV kaputt konkurrieren, obwohl es dreimal so teuer sei. Die Kosten des Autos müßten daher zunehmend vom Auto getragen werden. Die Mineralölsteuer müsse im nächsten Jahrzehnt um rund 50 Pfennig pro Liter und Jahr steigen. Dann werde der ÖPNV schnell konkurrenzfähig. (Seite 2)

Psychokult-Aufklärung wird weiter gefördert Gefahren wurden in NRW früh erkannt

Die Landesregierung wird Einrichtungen, die im Kampf gegen die Gefahren von Psychokultur Aufklärungsarbeit leisten und Forschung betreiben, weiter fördern. Das erklärte der neue Sozialminister Müntefering (SPD) in der Fragestunde des Landtags. Der Fortfall der Förderung für das Informations- und Dokumentationszentrum der „Aktionsgemeinschaft Psychokultgefahren“ (APG) bedeute nicht, daß die Arbeit dieser anerkannten Einrichtung gefährdet sei, wie Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) in seiner mündlichen Anfrage vermutet hatte. Nach langanhaltenden Querelen zwischen Personal und Vorstand — so seien zwischen 1984 und 1991 nicht weniger als vier Mitarbeiterteams ausgewechselt worden —, habe sein Ministerium keine andere Wahl gehabt, als der APG die Förderung zu entziehen. Inzwischen sei das frühere APG-Informations- und Dokumentationszentrum in die Trägerschaft der Aktion Jugendschutz in Köln übergegangen. Dort sei die landesweite Koordination gegen Sekten gewährleistet und die künftige Aufklärungs- und Forschungsarbeit sichergestellt. Müntefering erwähnte, daß sich das Land früh mit dem

Problem der Jugendsekten befaßt habe: Nach dem Sachstandsbericht 1979 sei mit dem zweiten Bericht 1983 die Szene erstmals gründlich durchleuchtet und Konzepte für Gegenmaßnahmen erörtert worden.



Eingespannt

Zeichnung: Murschetz (Süddeutsche Zeitung)

Die Woche im Landtag

Personaleinsparung

An der Frage nach Personaleinsparung hat sich bei der zweiten Lesung des Haushalts 1993 eine lebhafte Debatte entzündet. (Seite 3)

Binnenmarkt

In einer öffentlichen Sitzung des Europa-Ausschusses sollen Fragen der Bürgerinnen und Bürger nach dem Übergang zum Europäischen Binnenmarkt beantwortet werden. (Seite 11)

Therapieangebot

Einhellig begrüßt hat die Arbeitsgruppe Staatsbad Oeynhausen die Einführung von Elementen der traditionellen chinesischen Medizin in das Therapieangebot des Heilbads. (Seite 12)

Grundsatzfrage

Das Instrument der Aktuellen Viertelstunde stand im Ausschuß für Haushaltskontrolle auf dem Prüfstand. (Seite 13)

Familienverbände

„Politik für Familien — Politik für die Zukunft“, unter diesem Leitgedanken stand die Jahrestagung der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände. (Seite 16)

Lebensbilder

Die „Lebensbilder“ zeigen Johannes Rau als Menschen und Politiker. Sie sind zugleich ein Dokument der Zeitgeschichte. (Seite 17)

WORT UND WIDERWORT

Verkehrswachstum der Zukunft auf ÖPNV lenken

Von
Karl Böse

Die Notwendigkeit des ÖPNV ist heute weithin unumstritten. Die Verhinderung des oft beschworenen „Verkehrsinfarkts“ in unseren Innenstädten und die Entlastung der Menschen, die in diesen Innenstädten leben und arbeiten, ist nur möglich, wenn eine konsequente Vorrangpolitik für den ÖPNV betrieben wird. Die Maßnahmen, die im Bereich der Infrastruktur zur Verbesserung des ÖPNV erforderlich sind, werden mit bis zu 90 Prozent bezuschusst. Eine Steigerung der Attraktivität des ÖPNV und seines Angebotes unter bestmöglicher Ausnutzung der Infrastruktur hat aber immer durch die Notwendigkeit des entsprechenden Personaleinsatzes eine Erhöhung der Betriebskosten bei den Nahverkehrsunternehmen zur Folge. Diese Kosten werden durch die Einnahmen nicht voll gedeckt. Folge ist, daß Betriebskostendefizite von den Kommunen ausgegli-

SPD: Zweckgebundene Erhöhung kann ÖPNV-Vorrang sichern

chen werden müssen; im Bereich des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR) z. B. belaufen sich diese Ausgleichszahlungen für 1992 auf insgesamt rund 1,3 Milliarden Mark.

Die Kommunen haben die Grenzen ihrer Belastbarkeit erreicht. Zur Finanzierung des ÖPNV muß daher eine neue Einnahmequelle erschlossen werden; hier liegt die Erhöhung der Mineralölsteuer (nach dem Grundsatz „Verkehr finanziert Verkehr“) am nächsten, und zwar zweckgebunden für den ÖPNV.

Die Einsicht der Autofahrer in die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme dürfte groß sein, wenn sichergestellt wird, daß die entsprechenden Einnahmen zur Förderung des ÖPNV eingesetzt werden und bei einem entsprechenden Umstieg der Menschen vom Individualverkehr auf den ÖPNV ein wesentlicher Beitrag zur Entlastung von Menschen und Umwelt geleistet wird.

Ohne eine solche zweckgebundene Erhöhung der Mineralölsteuer werden Städte und Gemeinden über kurz oder lang nicht mehr in der Lage sein, den vor Ort im Rahmen der Daseinsvorsorge erforderlichen ÖPNV ausreichend zu finanzieren. In einem solchen Fall müßten von der „Vorrangpolitik für den ÖPNV“ deutliche Abstriche gemacht werden.

Von
Heinrich Dreyer

Der öffentliche Personennahverkehr erbringt seine Leistungen nicht kostendeckend. Nach Änderung des GFVG, der Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs sowie der Umsetzung der Vorschläge der Regierungskommission Bahn müssen sich die Rahmenbedingungen für den ÖPNV im Bereich der Investitions- und Betriebskosten einschneidend ändern.

Die ungedeckten Betriebskosten des ÖPNV einschließlich des SPNV der DB/DR werden bundesweit auf 15 Milliarden Mark geschätzt. Zur Deckung dieser Kosten müssen die Länder in Zukunft an den Einnahmen aus der Mineralölsteuer beteiligt werden.

Von den 15 Milliarden Mark im Jahr ungedeckter Betriebskosten entfallen zur Zeit:

- Acht Milliarden je Jahr auf den SPNV bei der Bundesbahn/Reichsbahn. Davon erstattet der Bund DB/DR zur Zeit 6,1 Milliarden je Jahr durch den laufenden Bundeshaushalt (1992), so daß ein jährlicher Fehlbetrag von 1,9 Milliarden Mark entsteht. Der Ausgleich des Fehlbetrages muß durch die Erhöhung der Mineralölsteuererhöhung erfolgen.

CDU: Mineralölsteuer für ÖPNV um 20 Pfennig erhöhen

- Sieben Milliarden Mark beträgt die Kostenunterdeckung (Defizite) der ÖPNV-Betriebe, die die Gemeinden/Kreise ausgleichen. Davon sollen 75 Prozent gleich 5,25 Milliarden je Jahr nach den Vorstellungen der CDU-Verkehrspolitiker durch die Erhöhung der Mineralölsteuererhöhung den Gemeinden erstattet werden. Ein 25-prozentiger Kostenanteil verbliebe dann bei den Gemeinden/Kreisen.

Bei einem angenommenen Betrag von 700 Millionen Mark pro ein Pfennig Mineralölsteuer würden die derzeitigen anteiligen Betriebskosten von 7,15 Milliarden Mark je Jahr bei 10,5 Pfennig/Liter gedeckt werden.

Für die Investitionskosten des Fahrwegs und der Fahrzeuge im ÖPNV-Bereich muß der zur Zeit gültige Bundesanteil im GFVG (neu) mit 6,28 Milliarden aus der Mineralölsteuer erhalten bleiben.

Durch diese vorgeschlagene Finanzierung werden die Kommunen in NRW erheblich entlastet. Die Ausgestaltung des ÖPNV in NRW als Pflichtaufgabe der Kommunen soll in Angebot und Finanzierung durch das Land mit einer Rahmengesetzgebung bestimmt werden.

Neben dem ÖPNV ist auch die Privatisierung der Bahnen (DB/DR) über eine Erhöhung der Mineralölsteuererhöhung zu finanzieren. Hier ist eine Verschuldung von rund 60 Milliarden Mark abzutragen. Zur Deckung dieser Kosten muß die Mineralölsteuer daher mindestens zehn Jahre lang um neun Pfennig/Liter für diesen Zweck erhöht werden.

Mit einer zweckgebundenen Erhöhung der Mineralölsteuer von 20 Pfennig wird eine solide Grundlage geschaffen, um das Verkehrswachstum der Zukunft auf verbesserte öffentliche Verkehrsmittel zu lenken.

Von
Marianne Thomann-Stahl

Grundsätzlich sind Steuererhöhungen für die F.D.P. immer nur das letzte Mittel zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben. Die Mineralölsteuer entwickelt sich als Finanzierungsinstrument zum „Jäger '90“ der Verkehrs- und Energiepolitik.

Fast immer, wenn Finanzminister oder Finanzpolitiker nach neuen Finanzmitteln Ausschau halten, verharrt ihr Blick beim „Goldesel Autofahrer“ und damit bei der Mineralölsteuer. Läßt sich doch eine Erhöhung dieser Steuer gleich dreifach begründen: Erstens mit der Umwelt, zweitens mit der Förderung des ÖPNV und erst drittens mit der Füllung der Staatskasse.

Mit dem ersten und zweiten Argument wird die Erhöhung der Mineralölsteuer als eine Lenkungsabgabe verstanden: Teureres Autofahren bremst die Fahrlust, entlastet dadurch die Umwelt und

F.D.P.: Autofahrer kein Goldesel für alles und jenes

macht die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel attraktiver.

Allerdings geht dies zu Lasten der Finanzierungsfunktion. Mit zunehmendem Erfolg, d. h. mit zunehmender Verlagerung des Individualverkehrs auf den ÖPNV sinkt einerseits die Steuerergiebigkeit, andererseits müssen die ÖPNV-Investitionen erheblich ausgeweitet werden. Da die Betriebskosten der Verkehrsbetriebe in der Regel stärker steigen als die Einnahmen, eignet sich der Vorschlag, die Mineralölsteuer zugunsten des ÖPNV zu erhöhen, bestenfalls vorübergehend zum Stopfen von Finanzierungslöchern.

Lenkungs- und Finanzierungsfunktion der Mineralölsteuer (Erhöhung) schließen sich also tendenziell aus.

Langfristig müssen die Verkehrsbetriebe in die Lage versetzt werden, kostendeckende Preise für ihre Leistungen zu nehmen.

Unter dem Gesichtspunkt der fiskalischen Äquivalenz ist nicht vertretbar, bestimmte Politikziele nur eine Gruppe finanzieren zu lassen, also etwa den Autofahrer durch eine Erhöhung der Mineralölsteuer dafür zu belasten, daß Sozialpolitik gemacht wird.

Der Autofahrer darf nicht zum Goldesel für alles und jenes werden.

Von
Dr. Manfred Busch

Der massenhafte Autoverkehr ist nicht nur ein Killersystem für Mensch und Umwelt, sondern als Massen-Verkehr auch der größte ökonomische Unsinn der letzten Jahrzehnte.

Kein Bereich der Wirtschaft ist so hoch subventioniert wie der Autoverkehr. Seine Kosten werden nämlich hauptsächlich von der Allgemeinheit getragen (Unfälle, Gesundheitsschäden, Invaliditäts-Renten, Waldsterben, Abwasserreinigung, Müll, Gebäudeschäden, Folgekosten des Lärms, Verkehrspolizei, Straßenbau).

Das UPI-Forschungsinstitut in Heidelberg hat aufgrund einer genauen Analyse für das Jahr 1989 folgende Kosten des Autoverkehrs errechnet: Straßen 27 Milliarden Mark, Luftverschmutzung 31, Lärm 44, Wasserverschmutzung 15, Flächenbelastung 60 und Verkehrsunfälle 71 Milliarden Mark. Summe: 248 Milliarden Mark pro Jahr. Zieht man davon

Die Grünen: Der wahre Preis eines Autokilometers

die von den Autofahrerinnen und Autofahrern aufgebracht werden ab, dann bleibt eine Subventionierung des Autoverkehrs in Höhe von rund 210 Milliarden Mark Jahr für Jahr. Das heißt, jeder Pkw-Kilometer wird mit 45 Pfennig und jeder Liter Benzin mit 4,50 Mark subventioniert.

Der wahre Preis eines Autokilometers ist also nicht rund 45 Pfennig, sondern rund 90 Pfennig. Die Kalkulation der Autofahrerinnen und Autofahrer sieht jedoch ganz anders aus: Sie setzen den Besitz des Autos voraus und rechnen nur die Benzinkosten. In dieser Sicht kostet das Auto nur rund 15 Pfennig pro km, der ÖPNV-km aber rund 25 Pfennig.

Durch die enormen öffentlichen Subventionen konnte das Auto den ÖPNV kaputt konkurrieren, obwohl es dreimal so teuer ist. Diese Situation ist ein Hohn auf alle marktwirtschaftlichen Prinzipien und führt zu schwersten volkswirtschaftlichen Schäden.

Die Kosten des Autos müssen daher zunehmend vom Auto getragen werden. Die Mineralölsteuer muß im nächsten Jahrzehnt um rund 50 Pfennig pro Liter und Jahr steigen. Dann wird der ÖPNV schnell konkurrenzfähig und braucht keine Mark aus der Mineralölsteuer. Er wird sein Angebot entscheidend verbessern und flächendeckend ausbauen können.

Zweite Lesung des Etats 1993: Finanzpolitik bei vielen Krisenzeichen am Horizont

Rufe nach Einsparungen beim Personal unüberhörbar Dennoch Kräfte für Schulen und Polizei gefordert

Der Beginn der zweiten Lesung des Haushaltsgesetzes 1993 am Mittwoch, 9. Dezember, war gekennzeichnet von einer lebhaften Auseinandersetzung über Finanzpolitik in einer Zeit, da sich überall am Horizont Krisenzeichen auftun. Von der CDU wurde die Forderung erhoben, 6990 Stellen im öffentlichen Dienst des Landes zu streichen, gleichzeitig aber mehr Personal unter anderem in der Schule und bei der Polizei einzusetzen. Auch die F.D.P. setzte sich für deutliche Personalreduzierung ein. Die Grünen lehnten hingegen ab, den Sparhebel beim Personal anzusetzen. Sie schlugen vor, beim Straßenbau zu sparen, Subventionen abzubauen und Schlupflöcher für Steuerhinterziehung zu schließen. Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) meinte, Personaleinsparungen werde und müsse es geben. Er hielt die Stellenbesetzungssperre für ein Jahr für unverzichtbar. Von den Stellenplänen bis zum Etat des Finanzministers nahm sich das Hohe Haus alle Einzelpläne im Detail vor. Seine Jungfernsprache im nordrhein-westfälischen Parlament hielt der neu ernannte Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Franz Müntefering (SPD). Er appellierte an alle im Landtag vertretenen Parteien: „Helfen Sie mit, im Bund und in Europa Politik für unsere Arbeitnehmer in NRW durchzusetzen.“



Zinslast auf öffentlichen Haushalten: v.l. Hartmut Schauerte (CDU), Ernst Walsken (SPD), Rudolf Wickel (F.D.P.), Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) und Finanzminister Heinz Schleußer (SPD).
Fotos: Schüler

Hartmut Schauerte (CDU) sagte, das Ausgabevolumen von NRW mache ein Zehntel aller öffentlichen Ausgaben in ganz Deutschland aus. Auch die niedrige Steigerung um 3,6 Prozent sei noch zu hoch. Leider seien von der SPD-Mehrheit bis auf eine Ausnahme alle 140 CDU-Anträge zum Haushalt abgelehnt worden. Um 524 Millionen Mark hätten die Ausgaben gesenkt, um 1,75 Milliarden Mark weniger Schulden und 1,2 Milliarden Mark Mehrerlöse erarbeitet werden können. Entscheidend für NRW sei der Wachstumsrückstand. Durch das zu geringe Bruttoinlandsprodukt fehlten zehn Milliarden Mark Steuereinnahmen pro Jahr. In Schleußers Amtszeit seien die Personalkosten fast doppelt so schnell gestiegen wie bei seinem Vorgänger. Das Gutachten zur Prüfung von 170 000 Stellen komme viel zu spät. 6900 Stellen hätten auch schon früher eingespart werden können. 1000 zusätzliche Lehrer und 400 Polizisten halte die CDU dagegen für nötig.

Ernst Walsken (SPD) widersprach mit dem Hinweis auf eine in Deutschland beispiellos niedrige Steigerungsrate in den letzten Jahren. Bei der Anzahl öffentlich Bediensteter pro Einwohner liege NRW mit 63 pro tausend am untersten Ende. Das sei ein Zeichen für die maßvolle Personalpolitik. Durch die Kosten der Einheit habe der Arbeitsstab Aufgabenkritik eine neue Dimension bekommen. Die CDU beantrage Personalausweitungen für 112 Millionen Mark. Der Umgang mit den Organisationsgutachten müsse gut überlegt werden. Nicht nur finanzwirtschaftliche, sondern auch innovative organisationalpolitische Betrachtung sei erforderlich. Die Beschäftigung von Verwaltung mit Verwaltung müsse reduziert werden. Gesetze

seien zu entfrachten, Verfahren zu pauschalisieren. Gebündeltes Handeln von Behörden könne auch das Ansehen der öffentlichen Verwaltung steigern.

Rudolf Wickel (F.D.P.) hielt wie der CDU-Redner die Information des Parlaments über das Gutachten für wichtig und schätzte den Arbeitsstab Aufgabenkritik für wirkungsvoller ein bei personellen Einsparungen als den Unterausschuß Personal. Bei der Einsparung von 7000 Stellen müßten sich alle vor den Arbeitsstab stellen. Eine Senkung des Stellensolls um ein Prozent schon für den Haushalt 1993 sei das richtige Zeichen. Die F.D.P. sei mit Aufgabenverlagerung oder Aufgabenreduzierung einverstanden. Es müsse mehr gearbeitet werden, damit die Gegenwart bezahlbar bleibe. Eine Staatsquote von 52 Prozent mit steigender Tendenz zwingt zum Umsteuern.

Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) erklärte, die Grünen machten mit der Aufgabenkritik Ernst. Es gebe sinnlose Ausgaben in Milliardenhöhe im Landeshaushalt. Deshalb finde man es verantwortungslos, wenn die SPD über Personalabbau — sprich Erhöhung der Massenarbeitslosigkeit — rede, während sie gleichzeitig Milliardenbeträge zum Fenster hinauswerfe. „Wir wollen an anderer Stelle sparen“, sagte Busch. „Wir wollen zunächst beim Neubau von Straßen sparen, bei den sündhaft teuren U-Bahnen, bei den unsinnigen Subventionen, beim Neubau von Landesbauten, und wir wollen mit vermehrten Betriebsprüfungen dafür sorgen, daß die Schlupflöcher für Steuerhinterziehungen für gut verdienende Unternehmen zugestopft werden.“ Volumen: mindestens 300 Millionen Mark pro Jahr.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) sagte, seine Partei sei nicht dafür verantwortlich, daß in Bonn ein solches Finanzdesaster herrsche. Dabei müsse man wissen, daß dort nie Risiken berücksichtigt worden seien. Deshalb stürze jetzt nicht nur auf den Bundeshaushalt, sondern auf alle öffentlichen Haushalte eine Zinslast ein, die kaum noch zu bewältigen sei. Dem Abgeordneten Schauer hielt der Minister vor: „Nehmen Sie doch endlich einmal die Zahlen zur Kenntnis.“ Schleußer räumte ein, in der Haushaltspolitik gebe es Risiken. „Für vieles haben wir vorgesorgt: Nordrhein-Westfalen muß seine Steueransätze 1993 nicht ändern.“ Personaleinsparungen werde es geben, müsse es geben. Der Minister hielt die Stellenbesetzungssperre für ein Jahr, die 180 Millionen Mark bringe, für unverzichtbar.

Peter Bensmann (CDU) erinnerte daran, daß die CDU die Streichung von 6900 Stellen fordere. Richtig sei aber auch, daß man dort, wo es notwendig sei, mehr Personal fordere. „Das tun wir seit Jahren im Bereich Schule, in diesem Jahr 1000 Stellen.“ Bei der Polizei fordere man maßvoll einen Einstieg in der Größenordnung von 400 Anwärtern. Was den Einsparungsvorschlag in der Größenordnung von 350 Millionen Mark im Bereich Asyl angehe, so könne er nur sagen: „Wir machen eine andere Asylpolitik. Dann wären diese Kosten nicht notwendig.“

Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN) wandte sich an den Kultusminister. Sie verwies darauf, daß rund 1300 kw-Stellen im Laufe des Jahres wegfallen sollten, obwohl von einer Zunahme von 42000 Schülerinnen und Schülern im Haushalt 1993 ausgegangen

werde und obwohl klar sei, daß auch diese Prognose nicht realistisch angesetzt sei, selbst wenn man die letzten amtlichen Statistiken aus dem Ministerium zugrunde lege. „Wir plädieren daher dafür, die kw-Vermerke ganz energisch nicht zu realisieren, sondern sie zu streichen; denn sie täuschen lediglich einen rechnerischen Überhang vor, den es in Wirklichkeit nicht gibt“, sagte Frau Schumann.

Innere Sicherheit

Um Fragen der inneren Sicherheit bei zunehmender Kriminalität sowie um die Problematik im Zusammenhang mit Asyl ging es bei der Aussprache über den Haushalt des Innenministers, der in zweiter Lesung verabschiedet wurde.

Heinz Paus (CDU) sagte: „Wir lehnen den Einzelplan 03 ab, weil er erneut keine Antwort auf das dringendste Problem im Bereich der inneren Sicherheit unseres Landes gibt. Die Straftaten haben sich in unserem Lande seit 1970 verdoppelt.“ Die Aufklärungsquote liege noch bei ganzen 43 Prozent. Die Aufklärungsquote beim Diebstahl liege bei rund 20 Prozent, bei dem schlimmsten Delikt des Tageswohnungseinbruchs um 16 Prozent. In den Bereichen der Alltagskriminalität werde die Kriminalität, würden die Straftaten weitgehend nur noch verwaltet. Wirkliche Prävention finde so gut wie nicht mehr statt. Die Polizei wolle mehr tun. Ihr seien jedoch die Hände gebunden, da sie, selbst nach Angaben des Innenministers, ein Defizit von 7 000, nach Berechnungen der GdP von 10 000 Stellen habe.

Stefan Frechen (SPD) betonte, es müsse jetzt darum gehen, in Fragen des Asyls zusammenzustehen, denn dieser Kompromiß, den vier demokratische Parteien gefunden hätten, sei in vielen, vielen Einzelheiten noch umzusetzen. „In diesem Detail stecken noch viele Probleme, auch für unser Land.“ Zur Kriminalitätsentwicklung sagte Frechen, es treffe zu, daß nach Jahren der Stagnation wieder ein Anstieg der Kriminalität zu beobachten sei. Aber das sei nicht nur in NRW so, sondern das sei leider in allen anderen Bundesländern gleichermaßen der Fall. Der Abgeordnete vertrat die Ansicht, man könne das Problem steigender Kriminalität nicht allein durch eine Personalvermehrung bei der Polizei lösen. Man sollte die gesellschaftlichen Ursachen gemeinsam zu analysieren versuchen.

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) unterstrich: „Die Gefahr für die innere Sicherheit wächst.“ Sie wachse nicht erst seit den schrecklichen Morden von Mölln. Auch NRW habe ja besondere Probleme zu verzeichnen. „Tatsache ist, daß Nordrhein-Westfalen, was die besonderen Delikte der Gewaltkriminalität betrifft, an der Spitze der Bundesländer steht.“ Die Polizei sei verunsichert, und sie sei frustriert. Die Polizei solle behutsam vorgehen, sie solle entschieden durchgreifen und hart zuschlagen. „Also, für ein solche Aufgabe benötigte man eigentlich einen Diplompsychologen mit Kamikaze-Mentalität und entsprechender Bezahlung“, sagte die Abgeordnete. Nur, die Polizisten hätten weder diese Voraussetzungen noch eine adäquate Bezahlung.

Roland Appel (DIE GRÜNEN) meinte, der Asylkompromiß dieser Tage habe auch Folgen „für unseren Haushalt“. Bereits in „weiser“ Voraussicht seien für weitere Verschärfungen des Asylrechts Umschichtungen vorgenommen worden. „Wir sind mit der Einrichtung von Sammellagern, Naturalienverpflegung und schnellsten Abschiebungsmaßnahmen auf das Kommende vorbereitet“, sagte Appel. Dabei sei bis heute nicht einmal das eingelöst, was mit dem sogenannten Beschleunigungsgesetz von 1991 vor einem Jahr versprochen worden sei. Die Grünen hätten schon vor einem Jahr vor einer Aushöhlung des Grundrechts auf Asyl gewarnt. „Sie haben diese Warnung leider in den Wind geschlagen.“ Dem Innenminister hielt er vor: „Wieso stimmen Sie der Aushöhlung, der Abschaffung eines Grundrechts in diesem Lande zu? Wären Sie konsequent, müßte sich dieses Bundesland Nordrhein-Westfalen mit seiner nordrhein-westfälischen Landesregierung konsequent einer Gesetzesänderung im Bundesrat verweigern. Wir werden sehr genau darauf achten, ob Sie das tun.“

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) sagte, ihm sei es nicht leicht geworden, gerade in Verteidigung des Artikel 16 GG umzudenken. Aber die Ursache dafür liege darin, daß die Verteidigung dieses Grundrechts auch dazu führe, daß die anderen um so hartnäckiger auf dieses Grundrecht verwiesen hätten. Letztlich sei der Streit auf dem Rücken von Minderheiten ausgetragen worden. Zur Polizei meinte Schnoor, die Zusammenfassung von Schutz- und Kriminalpolizei erfolge, weil man eine Polizei habe, die für die innere Sicherheit verantwortlich sei, eine Polizei, die im Schwerpunkt

Kriminalität bekämpfen und die übrigen polizeilichen Aufgaben wahrnehmen solle, selbstverständlich nach wir vor spezialisiert sein, denn das Prinzip der Arbeitsteilung könne an der Polizei nicht vorbeigehen.

Heinrich Meyers (CDU) sagte, man sei sich darüber einig, „daß es für unser Land, ja für unser demokratisches Staatswesen überlebenswichtig ist, einen funktionierenden öffentlichen Dienst mit qualifizierten Beamten in allen Verwaltungsbereichen zu haben, daß Demokratie nur dann wirklich funktioniert, wenn das Verhältnis zwischen Verwaltung und den Bürgern stimmt“. Insofern brauche man eine leistungsfähige Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in NRW. Aber die gebe es leider nicht, da gerade diese Fachhochschule seit ihrer Gründung im Jahre 1976 daran kranke, daß ihre Personal- und Sachausstattung von Anfang an unzureichend gewesen sei.

Manfred Lucas (SPD) berichtete, die Aufklärungsquote bei Mord betrage 89,3 Prozent, bei Totschlag 96,9 Prozent und bei erpresserischem Menschenraub 75 Prozent. Auch die Aufklärungsquote bei Verkehrsunfallflucht mit tödlichem Ausgang liege deutlich über der durchschnittlichen Aufklärungsquote. An den CDU-Politiker Paus gewandt, meinte Lucas: „Dies ist eine Leistung der Polizei, die durch Ihre pauschalierte Kritik weder bewirkt noch bestärkt wird.“

Roland Appel (DIE GRÜNEN) sagte in einem weiteren Redebeitrag, es gehe darum, daß für die jungen Kolleginnen und Kollegen Möglichkeiten für eine spätere attraktive Berufsausübung geschaffen würden. Das heiße, daß eine Fachoberschule für öffentliche Verwaltung eingerichtet werden solle, auf der nicht nur junge Polizistinnen und Polizisten, sondern auch andere Menschen, die sich für den öffentlichen Dienst interessierten, ausgebildet würden.

Arbeit, Gesundheit, Soziales

Bald nach der Vereidigung als neuer Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales gab Franz Müntefering (SPD) bei der Debatte um den Einzelplan 07 sein Debüt als Redner vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen. Nach zweiter Lesung wurde der Einzelplan entsprechend der Beschlußempfehlung



Fragen nach der inneren Sicherheit: v.l. Heinz Paus (CDU), Stefan Frechen (SPD), Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.), Roland Appel (DIE GRÜNEN) und Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD).
Fotos: Schüller



Einerseits gute Wünsche für den neuen Arbeitsminister, andererseits hartes Ringen um die dem Land adäquate Sozialpolitik (v.l.): Hermann-Josef Arentz (CDU), Wolfram Kuschke (SPD), Heinz Lanfermann (F.D.P.), Daniel Kreutz (DIE GRÜNEN) und Minister Franz Müntefering (SPD).
Fotos: Schüler

(Drs. 11/4707) angenommen. Die zehn Änderungsanträge der Fraktion DIE GRÜNEN wurden abgelehnt.

Hermann-Josef Arentz (CDU) bot dem neuen Sozialminister die konstruktive Zusammenarbeit und eine qualifizierte und gute Opposition der CDU bis 1995 an. Angesichts der Lage im Lande bezweifelte Arentz das Wort des Ministerpräsidenten von der SPD als „Schutzmacht der kleinen Leute“: Die Bundesregierung tue auf diesem Feld mehr, als Düsseldorf überhaupt in der Lage sei, finanziell zu flankieren. Daneben gebe es ausreichend Felder, in denen das Land längst hätte handeln können, ohne daß dies zusätzliche finanzielle Mittel erfordert hätte. Kritik übte der Sprecher daran, daß die Altenhilfe so stiefmütterlich behandelt werde, die Mittel zur Bekämpfung der Gefahren des Drogenkonsums würden gekürzt. Der vorliegende Etat werde dem Anspruch der SPD nicht gerecht; NRW sei vom „sozialen Gewissen zum sozialpolitischen Schlußlicht“ geworden.

Wolfram Kuschke (SPD) konterte: „Wir haben Wort gehalten. Mit den Mitteln der Landespolitik versuchen wir dem unsozialen Kurs der Bundesregierung gegenzusteuern.“ Die SPD setzte Schwerpunkte in den entscheidenden Bereichen der Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und der Sozialpolitik. Vor dem Hintergrund, daß es Bonn nicht geschafft habe, die Pflegeversicherung durchzusetzen, sei es eine „Unverschämtheit“, hier die Altenpolitik der Landesregierung zu kritisieren. Angesichts der derzeitigen Lage und der hohen Kosten für die deutsche Einigung müsse man gemeinsam alles unternehmen, „daß der Sozialstaat nicht unter die Räder kommt“. Ob die CDU nicht mitbekommen habe, daß im nächsten Jahr die Mittel für den Landesaltentplan auf 372 Millionen Mark verdoppelt würden? Habe sie nicht die Ansätze der Drogenpolitik des Landes begriffen? Warum greife die CDU nicht das Stichwort Methadon auf? So werde die Stellungnahme „zu einem Stück aus dem Tollhaus“.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) führte zur Drogenpolitik aus, „die Mittel gehen zurück — und das bei steigenden Problemen“. Die SPD allein trage für diesen Haushalt Verantwortung, die F.D.P. lehne ihn ab. Sie habe umfangreiche Einsparungsvorschläge gemacht, weil „wir die Haushaltssituation viel ernster einschätzen, als dies die SPD

getan hat“. Auf die Einsparungsvorschläge sei nicht ernsthaft eingegangen worden, dabei sei abzusehen, daß die finanzielle Lage sich in den kommenden Jahren noch zuspitzen werde. Das Arbeitsministerium sei zu groß, hier könnten Stelleneinsparungen vorgenommen werden, es habe in den letzten Jahren eine wenig rühmliche Rolle gespielt, etwa bei der nur zögerlichen Umsetzung von Gesetzgebungsaufträgen des Bundes. In der Aussiedlerpolitik sei endlich zu handeln. Der neue Minister übernehme ein Haus, „das viele Erblasten mit sich trägt“.

Daniel Kreutz (DIE GRÜNEN) zog von der gegenwärtigen Situation eine Parallele zu Weimar: Das Schwinden jeder greifbaren Hoffnung auf solidarische Auswege bewirke, „daß sich in breiten Schichten des Volkes ein gefährlicher Resonanzboden für rassistische Sozialkonkurrenz und neofaschistische Scheinlösungen gebildet hat“. Um das abzuwenden, brauche man „neue glaubwürdige Perspektiven für solidarische und emanzipatorische Auswege aus der sozialen Krise in Ost und West“. Dazu müsse aber Düsseldorf mit einer alternativen Politik einen neuen Kurs erkennen lassen. Das könne mit einem von den Grünen vorgeschlagenen Ergänzungsprogramm gegen Erwerbslosigkeit und Armut geschehen. Aber mittlerweile sei die SPD mit ihrem Sozialhaushalt genauso tief gesunken „wie das C in CDU“.

Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) versprach, er werde in die neue Aufgabe seine ganze Kraft setzen und dankte dem zurückgetretenen Minister Hermann Heineemann (SPD). In einer schwierig gewordenen Zeit komme es für ihn, Müntefering, darauf an, Schwerpunkte zu finden und das vorhandene Potential denen zugute kommen zu lassen, die am dringendsten darauf angewiesen seien. Ganz entschieden wolle er sich Gewalt gegen und der Diskriminierung von Ausländern entgegenstellen. Die Demokraten seien jetzt an einer schwierigen Stelle, sie müßten aufpassen, sich nicht auseinanderdividieren zu lassen, damit „irgend-einer dazwischen die Lücke findet und die große Absahne macht“. Also müsse man ehrlich miteinander sprechen und sich davor hüten, Illusionen zu verbreiten. In NRW solle man selbstbewußt genug sein zu sagen: „Hier gibt es große Probleme, wir werden sie aber lösen.“ Die Menschen warteten auf das Handeln der Politik; beim Asyl werde die

SPD darauf achten, „daß der Kernbereich des Asylrechts nicht kaputtgeht“. Der Minister unterstrich nachdrücklich das Wort von der „Schutzmacht der kleinen Leute“, die die SPD sei, und kündigte ihren Einsatz für die Schaffung einer Pflegeversicherung an, dem letzten noch fehlenden Pfeiler in einem soliden Sozialversicherungssystem. Sein Ziel bleibe es, in schwierigen Zeiten dieses Land sozial zu sichern und demokratisch zu gestalten — „also sozialdemokratisch“, wie er hinzufügte.

Daniel Kreutz (DIE GRÜNEN) qualifizierte das Wort von der Schutzmacht der kleinen Leute als „Autosuggestion“ der SPD. Er setzte sich für Annahme der grünen Anträge ein und verwandte sich dafür, die Kostenerstattung des Landes für De-facto-Flüchtlinge auf dieselbe Höhe anzuheben wie bei den Asylsuchenden.

Wolfram Kuschke (SPD) kritisierte die fehlenden Deckungsvorschläge für die insgesamt 34 Änderungsvorschläge der Grünen, die sich auf 300 Millionen Mark beliefen. Das könne man auch nicht unter Hinweis auf einen sogenannten „Alternativhaushalt“ wegdrücken. Er warnte die Grünen davor, einen Zusammenhang zwischen der SPD-Politik im Asylbereich und rechtsextremistischen Aktionen zu konstruieren: Dagegen werde man sich zu wehren wissen.

Kinder, Jugend und Familie

Antonius Rösenberg (CDU) bot dem neuen Sozialminister konstruktive Zusammenarbeit und sagte zum organisierten Rechtsextremismus, wer den Leuten Friedensangebote mache, unterschreibe die Kapitulation des Rechtsstaats. Wenn Jugendliche nicht orientierungslos mitgerissen werden sollten, brauchten sie eine eigene Plattform von Identität. Aus Zielsetzungen wie der antiautoritären Erziehung der 70er Jahre sehe er fatale Negativeergebnisse. Konflikttheorie und Befreiung von Normen hätten gegen soziale Tugenden gewirkt. Im Landesjugendplan kämen die neuen Herausforderungen nicht ausreichend zum Zug. Wegen falscher politischer Vorgaben gerieten die Kindergärten in Not. Den Kommunen seien Milliarden für sozialpädagogische Familienhilfen entzogen worden.

Heinz Hilgers (SPD) betonte dagegen, der Einzelhaushalt 07 sei 1992 gegenüber 1991

um 40 Prozent gestiegen. Der Landesjugendplan werde 1993 um zehn Millionen Mark erhöht. Gewalt gegen Kinder habe neue Dimensionen erreicht, daher müßten Mittel umgeschichtet werden. An sozialgestaffelten Kindergartenbeiträgen der Eltern solle festgehalten werden. Einzelheiten würden nach der Anhörung beraten. Die Kürzung bei der politischen Jugendbildung habe der Ausschuß rückgängig gemacht, weil dort gegen Gewaltbereitschaft gearbeitet werden könne. Angesichts der Haushaltslage müßten sich alle mehr den Kindern und Jugendlichen zuwenden. Das Kindertagesstättengesetz sei zu 98 Prozent sehr gut.

Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) hielt das Angebot für glatte Ironie, da die SPD bisher nicht auf Argumente der Opposition eingegangen sei. Der neue Minister habe ein sehr schwieriges Erbe abzutragen. Die Lösung von Kinderbetreuungsproblemen sei Frauenpolitik. Neue Prioritäten solle er setzen. Die Botschaft aus dem Haushalt zeige die unsichere Lage der Kinderbetreuung in NRW. Am Gesetzgebungsverfahren liege viel Kritik vor. Die F.D.P. trete für einen einheitlichen Elternbeitrag ein und Beitragsfreiheit für Wenigerverdienende. Aktive Jugendarbeit sei sehr wichtig, die Mittelanhebung zu begrüßen.

Beate Scheffler (DIE GRÜNEN) berichtete, bei der offenen Jugendarbeit seien die Kosten um 18, die Landesmittel nur um 1,8 Prozent gestiegen. In Bochum sollten fünf offene Jugendheime geschlossen werden, aber für U-Bahn-Bau seien locker 100 Millionen Mark da. Die Betroffenen würden bei Schließung auf der Straße herumhängen, das sei in dieser Zeit erschreckend. Mit vielen jungen Tätern sei kein Gespräch mehr zu bekommen, nur die Mitarbeiter in den Heimen würden noch angesprochen. Eltern behinderter Kinder hätten keine Lobby und brauchten den Kindergartenplatz. Für Hortplätze habe bereits 1992 das Geld nicht gereicht. Die Mittel müßten verstärkt werden, es handele sich um die Zukunft.

Minister Franz Müntefering (SPD) stimmte zu, daß Kindern und Jugendlichen beson-

dere Aufmerksamkeit zustehe. Der Familienlastenausgleich müsse so umgestaltet werden, daß nicht der Trauschein, sondern die Familie mit Kindern gefördert werde. Heute nähmen Einkind- und Stieffamilien sowie Alleinerziehende zu. Deshalb wachse die Bedeutung von Kindergärten. Im Haushalt seien 849 Millionen Mark für Betriebskostenzuschüsse vorgesehen. Politik für Kinder schlage sich auch in anderen Ressorts nieder. Die IBA Emscher Park werde eine Musterregion für Kinder. Bei der Beratung sei NRW führend, die Mittel würden um 3,2 auf 50 Millionen aufgestockt. Viel zu wenig beachtet würden Zehntausende junger Menschen, die auf der Straße gegen Gewalt demonstrierten. Was in manchen Massenmedien dagegen gezeigt werde, finde er unglaublich. Offene Jugendsozialarbeit in NRW werde mit 77,4 Millionen Mark 1993 gefördert.

Bauen und Wohnen

Ein Sonderprogramm „Wohnungspolitischer Interventionsfonds für Kommunen und Kommunalverbände“ (Drs. 11/4769) forderte – vergeblich – die grüne Fraktion. Der Einzelplan 14 wurde gegen die Stimmen der CDU, der F.D.P. und der Grünen entsprechend der Beschlußempfehlung (Drs. 11/4714) angenommen.

Franz Riscop (CDU) signalisierte die Ablehnung des Etats durch seine Fraktion. Die Wohnungspolitik der Ministerin sei „ohne neue Ideen, ohne Wirksamkeit für die Wohnungssuchenden im Lande, ohne Perspektiven für die Zukunft“. Dagegen würden alle Initiativen der Union abgelehnt, darunter die Berufung von Experten zur Linderung von Wohnungsnot – aber offenbar fürchte die SPD den Sachverstand. Riscop erinnerte an den CDU-Antrag zur Auflösung des Wohnungsministeriums: Die Abschaffung des „überflüssigsten Ministeriums in NRW“ ergebe eine Einsparung von 13 Millionen Mark. Zudem sei es eine Fehlentscheidung gewesen, die zusammengehörenden Aufgaben Städtebau und Wohnungsbau zu

trennen. Die Wohnungsbaupolitik sei auch nicht gestärkt, sondern durch die WFA-Eingliederung eher geschwächt worden. Die Wohnungspolitik im Lande sei ein „Dokument der Hilflosigkeit, der Phantasielosigkeit, des Verzögerns und Verschleppens“.

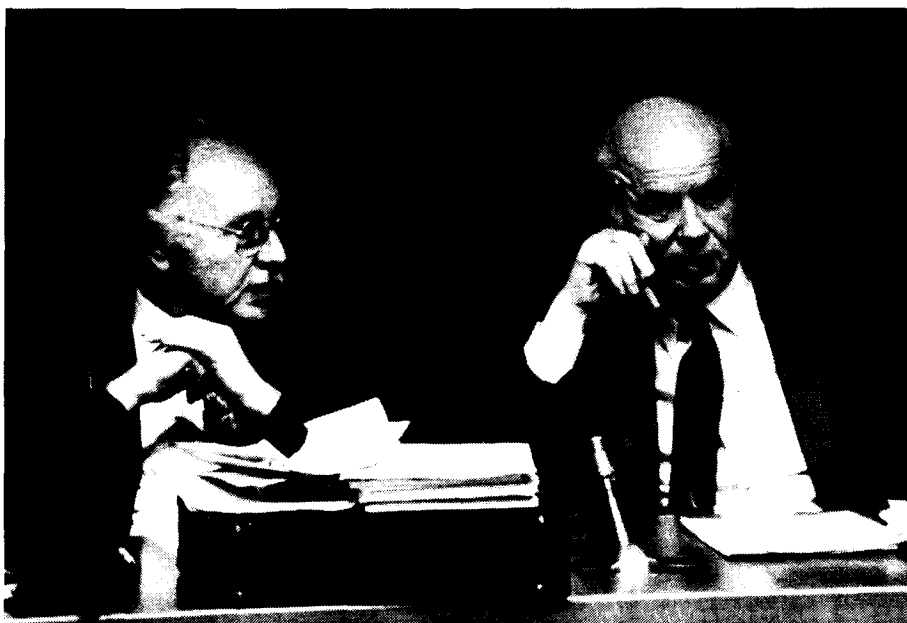
Gerd-Peter Wolf (SPD) kündigte an, die positive Bilanz der Wohnungspolitik im Lande werde auch in den nächsten Jahren fortgesetzt: So werde man es schaffen, für den sozialen Wohnungsbau an Rhein und Ruhr mehr Mittel einzusetzen „als der Bund für alle 16 Bundesländer zusammengenommen“. Wem angesichts dieser Spitzensituation das nicht genüge, dem sei nicht zu helfen. Während Düsseldorf den Etat für Bauen und Wohnen um 90 Millionen erweitere, kürze ihn Bonn angesichts steigender Ausgaben um real drei Millionen. Wolf wies die seit Jahren erhobene Forderung von der Auflösung des Ministeriums zurück; die Organisationsentscheidung des Ministerpräsidenten sei richtig gewesen, die Ministerin kümmere sich kompetent um die anstehenden Probleme, die zum Teil schon seit längerem auf eine Lösung warteten, wie in Sachen Baukammer, wo eine Lösung gefunden sei, die alle Fraktionen mittragen könnten.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) rügte, daß die gegenwärtige Zusammenstellung der Ministerien in NRW völlig falsch sei: Allein vier Ministerien kümmerten sich um Wohnungsbau. Er plädierte dafür, angesichts der Not der Menschen in den neuen Bundesländern im Wohnungsbau vor allem im Osten zu investieren, und verlangte, daß im Wohnungsbau auch für die großen Anleger wieder eine attraktive Rendite erzielt werden müsse. Er erinnerte an den liberalen Antrag, die Mieten im sozialen Wohnungsbau ansteigen zu lassen. „Was ich erreichen will, ist, daß wir mit dem Geld, das wir zur Verfügung haben und mit dem wir haushalten müssen, mehr Wohnungen als bisher schaffen können“, stellte er fest und fügte hinzu: „Wohnungsbau muß wieder politisch und wirtschaftlich kalkulierbar werden.“ Da könne man nicht immer nur auf Bonn verweisen.

Gisela Nacken (DIE GRÜNEN) sah keine Entspannung am Wohnungsmarkt. Die Städte meldeten drastisch mehr Obdachlosigkeit. Die Mieten stiegen ungebremst. In keinem anderen Bereich zeige sich die Zweidrittel-Gesellschaft so deutlich. Das neue Wohnungsbauprogramm des Landes werde nachgefragt. 35 000 neue Wohnungen bei einem Bedarf von 100 000 seien aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Ablehnung der Grünen-Anträge zur Abhilfe sei zu bedauern: Verwendung der Fehlbeleger-Abgabe für Bindungen, Interventionsfonds bei den Kommunen als Manövriermasse. Die Anhebung von Einkommensgrenzen sei ein falsches Signal.

Baumministerin Ilse Brusis (SPD) erklärte, die Anträge aus der Opposition seien unseriös oder sozial nicht verträglich. Die Ausweitung des zweiten Förderweges sei gut angenommen worden. Das sei ein flexibles Instrument der Wohnungsbauförderung. Das Engagement von SPD-Abgeordneten in den Wahlkreisen wünsche sie sich von allen

Fortsetzung Seite 7



Blick ins Plenum: nicht von einer Fraktion, aber in einer Bank: v.l. die Abgeordneten Herbert Heidtmann (SPD) und Dr. Hans Horn (CDU). Foto: Schüler

Neuer Minister Müntefering im Landtag vereidigt



Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (Bild rechts) hat den neuen Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Franz Müntefering (SPD, im Bild links sowie links im rechten Bild) am Mittwoch, 9. Dezember, im Plenum des Landtags vor Eintritt in die Tagesordnung vereidigt. Die Präsidentin verlas zunächst ein Schreiben des Ministerpräsidenten, in dem er seine Absicht ankündigte, Franz Müntefering zum Minister zu ernennen. Frau Friebe nahm dann die Vereidigung gemäß Artikel 53 der Landesverfassung vor. Sie beglückwünschte den neuen Arbeits- und Sozialminister und schloß mit den Worten: „Ich hoffe, daß Sie Freude bei Ihrer Arbeit haben werden. Da Sie ein alter Parlamentarier sind, glaube ich, daß es auch eine gute Zusammenarbeit mit unserem Parlament geben wird. Alles Gute für Sie!“ Anschließend gratulierten die Vorsitzenden der vier im Landtag vertretenen Fraktionen. — Franz Müntefering wurde am 1. Januar 1940 in Neheim geboren. Er wuchs in Sundern auf und wohnt dort im Hochsauerlandkreis auch heute noch. Müntefering besuchte die Volksschule und ließ sich zum Industriekaufmann ausbilden. Von 1954 bis 1975 war er in der metallverarbeitenden Industrie als Angestellter tätig. Er ist Mitglied der IG Metall sowie Mitglied der SPD seit 1966. Bei den Jusos, im Ortsverein und Unterbezirk hatte er verschiedene Funktionen inne. Seit 1991 ist der Politiker Mitglied des Parteivorstandes und seit 1992 Bezirksvorsitzender Westliches Westfalen. Er gehört der Kommission „Fortschritt 90“ sowie der Projektgruppe „Deutschland 2000“ an. Seit 1975 gehörte Franz Müntefering als Abgeordneter dem Bundestag an. Er war bis 1990 Wohnungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und seit 1991 deren Parlamentarischer Geschäftsführer.

Foto: Schüler

Haushalt 1993...

Fortsetzung von Seite 6

Fraktionen. Im nächsten Jahr würden mehr als 27 000 Sozialwohnungen gebaut. Der Einzelplan 14 werde tragende Säule der Baukonjunktur. Baugenehmigungen hätten um 52 Prozent zugenommen. Mit der Zusammenlegung von Finanz- und Hochbauämtern werde ein wichtiger Schritt getan.

Wolfgang Jaeger (CDU) hielt den Wohnungsbau in NRW für „trübe“. Nach zwölf Jahren absoluter SPD-Mehrheit fehlten an die 500 000 Wohnungen, der Bedarf könne beim jetzigen Tempo in 24 Jahren gedeckt werden. Der frei finanzierte Wohnungsbau sei wegen fehlenden Baulands und unbezahlbarer Baupreise fast zum Erliegen gekommen. Die CDU fordere neue Förderbestimmungen, Vereinfachung, Beschleunigung, mehr Wirksamkeit und geringerer Subventionsaufwand. Die Wohnungsbau-mittel würden wie saures Bier durchs Land getragen, damit bis Jahresmitte 70 Prozent bewilligt seien. Im ganzen Land würden jetzt Baustellen gebraucht.

Volkmar Schultz (SPD) warf der F.D.P. leichtfertigen Umgang mit existentiellen Problemen vor. Sie wolle nicht mehr für sozial Bedürftige bauen. Für die Wohneigentums-sicherungshilfe seien 1992 1,5 Millionen Mark abgeflossen.

Stadtentwicklung und Verkehr

Mit der Abstimmung über den Einzelplan 15 (Stadtentwicklung und Verkehr) wurde die Aufstockung des Ansatzes für Landesstraßen um 55 Millionen Mark beschlossen.

Heinrich Dreyer (CDU) sagte, Verkehrsentwicklung finde in NRW nur auf der Grundlage von Bundesmitteln statt. Für Bundesfernstraßen in NRW seien die Bonner Mittel von 15,7 um 1,4 Milliarden Mark aufgestockt worden. Damit müsse auch die A4 aufgestuft werden. Die CDU halte auch die B1-Untertunnelung in Dortmund für wichtig. Über die Baulastträgerschaft sollten sich die Minister verständigen. Die Untertunnelung könne aus der Gemeindefinanzierung bezahlt werden, die um drei Milliarden aufgestockt worden sei. Der Minister habe einen sehr hohen Betrag für Fahrzeugförderung eingesetzt, weil er dafür keine komplementären Landesmittel brauche. Die CDU halte Infrastruktur für wichtiger. Zwingend erforderlich sei die gesetzliche Regelung der Betriebskostenfinanzierung im ÖPNV.

Karl Böse (SPD) widersprach dem Vorredner: Die B1 in Dortmund sei keine Maßnahme der Gemeindefinanzierung, als Bundesstraße müsse sie zu hundert Prozent vom Bund finanziert werden. Mit zunehmender Tendenz würden 100 000 Fahrzeuge je 24 Stunden gezählt. Beim ÖPNV müsse mehr Geld vom Bund kommen. Dafür müsse

die Mineralölsteuer erhöht werden. Der Zuschlag von 55 Millionen für die Landesstraßen sei sinnvoll zur Entlastung der Bürger und Beseitigung von Unfallschwerpunkten. Beim Luftverkehr müsse man Landesinteressen sehen. Er sei nicht bereit, für die Flughäfen Köln oder Düsseldorf Kohlen aus dem Feuer zu holen, wenn sie nicht kooperierten.

Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) warf der CDU unseriöse Vorschläge vor. Nach den Haushaltsmitteln tendiere die politische Gestaltung gegen Null. Das Land habe fast ein Jahrzehnt beim Straßenbau verloren. An die SPD appellierte sie, nicht erforderlichen Projekten in der Fraktion nicht zuzustimmen. Beim ÖPNV erscheine eine Kehrtwendung notwendig. Der von der SPD erstrebte Vorrang sei nicht zu finanzieren. Die Verluste im VRR-Bericht seien trübselig. Beförderungen hätten zu-, Einnahmen abgenommen. Die SPD habe dafür gesorgt, daß Leute ohne Kostenverantwortung über Angebot und Tarife bestimmten. Nach einem längeren Zitat des SPD-Experten Überhorst sagte sie, die steigenden Betriebskostendefizite seien mit keinem Nahverkehrsgesetz in den Griff zu bekommen. Selbst mit einer zweckgebundenen Mineralölsteuer können nur die Infrastruktur finanziert werden. Jobtickets brächten zusätzliche Defizite. Die F.D.P. trete für eine Vernetzung der Verkehrssysteme ein.

Gisela Nacken (DIE GRÜNEN) zeigte sich enttäuscht darüber, daß die Landesregie-

rung erneut keine Initiativen ergriffen habe, den Straßenverkehr tatsächlich zu vermindern und die „unselige Doppelförderung von Autoverkehr und Umweltverbund“ aufzugeben. Bei Bürgerinnen und Bürgern wachse das Bewußtsein, daß es so nicht weitergehen könne. Die Regierung aber ergreife keine eigenständigen Initiativen, die über die traditionelle Förderung des ÖPNV hinausgingen und schmücke sich wie beim Semesterticket mit fremden Federn. Sie fördere den Ausbau des Flugverkehrs, anstatt ihn auf den gegenwärtigen Stand zu beschränken. Bei der Förderung des Eisenbahnverkehrs außerhalb von Ballungsgebieten gehöre NRW zu den Schlußlichtern — trotz gegenteiliger Behauptungen des Verkehrsministers. Andere Länder seien da weiter.

Verkehrsminister Franz-Josef Kniola (SPD) wies die Rechnung zurück: Wenn man die Förderung des S-Bahn-Verkehrs einbeziehe, dann stehe NRW an der Spitze der Eisenbahnförderung der Bundesländer. Kniola machte Übereinstimmungen zwischen dem jüngst von der CDU vorgelegten Verkehrskonzept und den von der Landesregierung für notwendig erachteten Maßnahmen deutlich, schloß aber den Satz an, daß vieles davon schon in Bonn abgelehnt worden sei: „Nur Mut, lassen Sie uns gemeinsam gegen Bonn marschieren“, wandte er sich an die Union und hielt der Bundesregierung vor, nach ihren Plänen stünden dem Land in den kommenden Jahren zwei- bis dreistellige Millionenbeträge für Bundesstraßenprojekte im Lande weniger zur Verfügung. Zum ÖPNV-Gesetz der CDU meinte der Minister, er begrüße die darin enthaltenen Finanzierungsvorschläge und unterstütze auch die Förderung, „daß das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Dauer und in der jetzigen Höhe erhalten bleiben muß“. Aber man müsse einsehen, daß die Finanzierung des ÖPNV-Gesetzes nur in Bonn geregelt werden könne. Die von der Bundesregierung vorgesehenen Kürzungen beim Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz dürften nicht Realität werden, da man dann nicht mehr von „Vorrang für den ÖPNV“ reden könne.

Gleichstellung Frau und Mann

Gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und bei Enthaltung der Grünen wurde der Einzelplan 11 — Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann mit der SPD-Mehrheit angenommen.

Regina van Dinther (CDU) vermißte Verbesserungen in der Frauenpolitik. Auf dem Stuhl des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales sitze wieder ein Mann mit gleichen Kompetenzen. Erst durch Korrektur des Frauenausschusses seien ein weiteres Frauenhaus und zwei Beratungsstellen mehr durchgesetzt worden. Bei der Öffentlichkeitsarbeit werde dagegen nicht gespart. Die Ministerin scheine nur für Forschungsvorhaben und Modellprojekte zuständig zu sein. Die Aufblähung auf 54 Stellen sei auf Vorrat vorgenommen worden, bis heute lägen keine Stellenbeschreibungen vor. Der schrittweise Ausbau des Ministeriums mit Aufgaben- und Kompetenzerweiterung wäre von der CDU unterstützt worden. Über die Förderung und die Arbeit der Regionalstellen Frau und Beruf gebe es keine genaue Auskunft.



„Menschen in Bethel“ heißt eine Ausstellung, die Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (M.) am 9. Dezember in der Eingangshalle des Parlaments eröffnet hat. In ihrer Eröffnungsansprache sagte die Präsidentin, das sei die Darstellung lebendiger Berichte von Menschen über sich selbst und ihre Geschichte. „Hier wird über Erlebnisse berichtet, die unter die Haut gehen, die das Leben der Betroffenen verändert haben, die schicksalhaft sind“, betonte Frau Friebe. Der Name Bethel stehe für medizinische, pflegerische, therapeutische, psychologische, pädagogische und seelsorgerische Hilfe. Sie nannte Bethel die größte diakonische Einrichtung für Behinderte in der Bundesrepublik. Die von Bodelschwingschen Anstalten Bethel, benannt nach dem Pastor Friedrich von Bodelschwingh, der die Anstalt von 1872 bis 1910 leitete, haben in diesem Jahr ihr 125jähriges Bestehen gefeiert. Sie gliedern sich heute in die drei Stiftungen Anstalt Bethel, westfälische Diakonissenanstalt Sarepta und westfälische Diakonienanstalt Nazareth. Rund 5 500 kranke und behinderte Menschen werden von rund 9 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betreut. Das Bild zeigt v.l. den Leiter der von Bodelschwingschen Anstalten Bethel, Pastor Johannes Busch, den SPD-Abgeordneten Hermann Heineemann, Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe, Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose sowie den SPD-Abgeordneten Heinz Hunger.

Foto: Schüler

Brigitte Speth (SPD) zählte als neue Akzente „Frauen in der Landwirtschaft, Wohnen von Frauen, Frauen und ÖPNV“ auf. Forschungsvorhaben erschlossen neue Bereiche. Wichtigste als der Einzelplan 11 seien Summen für Frauenpolitik in anderen Ressorts. Den anderen Fraktionen sei ausdrücklich für die Zustimmung zur Soforthilfe für die bosnischen Frauen zu danken. Ganz dringend solle die Staatskanzlei für wirkungsvolle Hilfe sorgen.

Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) trat für Frauenpolitik ein, aber diese müsse qualifiziert organisiert, konzipiert und durchgeführt werden. Gott sei Dank schade das Ministerium der Frauenpolitik in NRW nicht. Auch im Frauenausschuß solle nachgedacht werden, ob das der richtige Weg ist. Gleichstellung mache sich am Kernproblem Kinderbetreuung fest. Die F.D.P. könne dem Haushalt der Ministerin, schon wegen der Personalpolitik, nicht zustimmen.

Marianne Hürten (DIE GRÜNEN) warf der SPD vor, sie habe Frauenpolitik wieder einmal fast ausschließlich auf den kleinsten Ministerialetat beschränkt. Außerdem sei die Chance nicht genutzt worden, wichtige Aufgabenbereiche, die derzeit beim Arbeitsministerium angesiedelt seien, der Gleichstellungsministerin zu übertragen. Ihre Fraktion habe 42 Änderungsanträge mit frauenpolitischen Bezügen gestellt, sie beträfen nicht weniger als acht Einzelpläne: Da sei es „unsinnig“, als Frauenpolitikerin ausschließlich über den Einzelplan 11 zu sprechen. Zum Schluß bat sie den Ministerpräsidenten,

„das Frauenministerium zu stärken, seine Kompetenzen auszubauen, damit es den Angriffen aus dem Landesrechnungshof und von anderen Ewiggestrigen besser standhalten kann“.

Gleichstellungsministerin Ilse Ridder-Melchers (SPD) zeigte sich darüber erfreut, daß im Zuge der Beratungen auf Initiative der SPD-Fraktion und mit Unterstützung der anderen Parteien insgesamt vier Positionen in ihrem Etat verstärkt worden seien. Dagegen Bonn: Hierher sei die Botschaft gekommen, daß die Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Frauen um sieben Milliarden zu kürzen seien. Im nächsten Jahr werde ihr Haus den Infobus als mobile Beratungsstelle vor allem für Frauen im ländlichen Raum neu einrichten können. Für Frauen auf dem Lande sei dieser Etat insgesamt wieder ein Schritt nach vorn, betonte sie; wenn man ihn würdige, müßten auch die Ausgaben gesehen werden, die in den anderen Einzelletats enthalten sind. Der Landesregierung gehe es um zweierlei: Aktive Frauenpolitik auf der einen Seite, der andere Akzent heiße: Männer verändern!

Haushalt des Landtags

Beim Einzelhaushalt 01 des Landtags hat das Parlament der Beschlußempfehlung entsprochen.

Hagen Tschöeltsch (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer, erklärte, zum ersten

Mal in der Geschichte der Haushaltsberatungen habe die Fraktion der F.D.P. zur zweiten Lesung einen Antrag zum Einzelplan des Landtags eingebracht. Man fordere nicht nur einen Einstellungsstopp für die Landtagsverwaltung, sondern auch eine Organisationsüberprüfung. „Der Landtag muß mit gutem Beispiel vorangehen, wenn wir von anderen Verwaltungen erwarten, daß sie sich einer kritischen Aufgabenprüfung unterziehen“, sagte Tschoeltsch.

Birgit Fischer (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, merkte an, in diesem Haushalt seien lineare Erhöhungen bei den Personalkosten und Steigerungsraten bei den Sachkosten vorgesehen. Der Haushalt insgesamt, das sei ihre Bewertung, bewege sich, gemessen an den notwendigen Einsparungen im kommenden Haushaltsjahr, in einem vertretbaren Rahmen. Die Abgeordnete erinnerte daran, es gehe um die gemeinsame Arbeitsgrundlage für das Parlament. „Das heißt: All das, was wir in diesem Rahmen entscheiden, entscheidet mit über unsere Arbeitsmöglichkeiten und das, was wir als Parlament leisten können“, schloß Frau Fischer.

Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN), Parlamentarischer Geschäftsführer, meinte, die Landtagsverwaltung erbringe die Aufgaben, „die wir als Parlament definieren“. Sie verfolge doch keinen Zweck an sich, sondern sie diene dazu, die Bedingungen zu schaffen, „damit wir möglichst effektiv arbeiten können“. Gerade die Oppositionsabgeordneten brauchten doch diese Arbeitsmöglichkeiten, um die Regierung effektiv kontrollieren und die besseren Alternativen erarbeiten zu können. Es könne doch nicht der Sinn von Sparen sein, „daß wir uns selber ‚die Griffel wegsparen‘“, betonte Vesper. Dem F.D.P.-Politiker Tschoeltsch hielt er vor, dieser betreibe billigen Populismus.

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) entgegnete, es sei der viel unangenehmere Weg und somit auch nicht populistisch, wenn man hergehe und sage: Man wolle einmal einige kritische Worte verlieren. Man müsse einmal darüber nachdenken, „ob wir in diesem Hause alles richtig organisiert haben“. Die F.D.P. halte eine externe Prüfung für erforderlich.

Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) wiederholte: „Wir halten eine solche Organisationsuntersuchung beim gegenwärtigen Stand nicht für erforderlich.“

Landesrechnungshof

Der Landtag stimmte ohne Debatte dem Einzelplan 13 „Landesrechnungshof“ einstimmig zu.

Wirtschaft und Technologie

Der Einzelplan 08 (Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie) wurde gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und Grünen angenommen. Ein Änderungsantrag der Grünen zu einer Abwärmeabgabe wurde abgelehnt.

Laurenz Meyer (CDU) stellte fest, NRW habe den Anschluß an das Wachstum der



Der CDU-Landtagsabgeordnete Wolfgang Jaeger ist mit dem Bundesverdienstkreuz erster Klasse ausgezeichnet worden. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (M.) überreichte den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden in einer Feierstunde, an der auch Jaegers Ehefrau Christel (l.) sowie seine Töchter Barbara Rameil mit dem drei Monate alten Söhnchen Maximilian (2.v.l.) und Gabi Jaeger (r.) teilnahmen. Die Präsidentin erwähnte in ihrer Laudatio, daß der Politiker Jaeger seit 17 Jahren Mitglied des Landtags sei. Er habe ununterbrochen im Ausschuß für Grubensicherheit und im Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen mitgearbeitet. Bereits 1958 sei der Abgeordnete Mitglied der CDU geworden. Für seine Partei habe er Funktionen auf verschiedenen Ebenen übernommen. So sei er Mitglied des Landesvorstandes der Christlich Demokratischen Arbeitnehmer Westfalen-Lippe und Vorsitzender des Landesverbandes des Christlichen Gewerkschaftsbundes. Frau Friebe nannte auch die große Leidenschaft des echten Gelsenkirchener: Diese Leidenschaft heiße Schalke 04. Foto: Schüler

übrigen Bundesländer nicht geschafft. Neun Prozent weniger Wachstum bedeuteten Steuermindereinnahmen von 5,4 Milliarden Mark. Die höheren Lohnstückkosten seien die Ursache. In dieser Situation sei die 35-Stunden-Woche unmöglich. Japaner arbeiteten 600 Stunden mehr. Auch die Steuern seien zu hoch, NRW habe heute die höchsten Gewerbesteuerhebesätze. Gegen den Hürdenlauf durch Behörden tue niemand etwas, alle redeten nur. Die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit des Wirtschaftsministers sei Standorthindernis ersten Ranges, sein Haushalt sinke weiter ab. Auch im Hinblick auf die Entsorgung sei die Situation sehr ernst.

Ernst-Otto Stüber (SPD) lehnte die Forderung der Grünen nach einer Abwärmeabgabe ab, weil dies aus Gründen des Wettbewerbs nicht ein Land allein machen könne, weil Erhebung und Kontrolle zu aufwendig seien und weil Energie generell verteuert werden müsse. Die F.D.P. wolle Beratung, Frau und Wirtschaft, Modellversuche und Schuldendiensthilfe ganz streichen. Für die bevorstehende tiefgreifende Rezession gebe es zwei Ursachen, die schlechte Weltmarktnachfrage und die nachlassende Binnenkonjunktur. Die Bundesregierung habe in eine tiefe Finanzkrise geführt und in die Schuldenfalle getrieben. Jede fünfte Steuermark werde für Zinsen ausgegeben. Mit der Bonner Wirtschaftspolitik sei der Glücksfall der Deutschen Einheit zum Schadensfall für die gesamte Republik gemacht worden.

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) zitierte Vorhersagen von Arbeitsplatzverlusten und forderte das Ende von Förderprogrammen, deren Hauptzweck Mitnahmeeffekte seien.

Für die Wirtschaft werde eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur, Altlastensanierung, Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und Investition in die Ausbildung gebraucht. Die F.D.P. habe sich in diesem Jahr große Mühe gemacht und aus den vielen Haushaltspositionen einige wichtige herausgenommen. Die SPD kupfere die Anträge häufig ab, die sie vorher abgelehnt habe. Die Materialprüfung könnten die Unternehmen selbst bezahlen.

Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) erklärte zur Energiepolitik, man habe im Bereich rationeller Energienutzung in den letzten Jahren einen Rückgang der Fördersummen erlebt, der beispiellos sei. Man habe 1986 rund 200 Millionen Mark für rationelle Energienutzung gehabt. Jetzt, im Haushalt 1993, seien es gerade noch 80 Millionen Mark, die für diesen Bereich zur Verfügung stünden, und das angesichts von Waldsterben und drohender Klimakatastrophe. Das sei ein Armutszeugnis. Und jetzt, in dieser Situation, werde das REN-Programm ausgesetzt. Das heiße, Tausende von umweltbewußten Antragstellern würden frustriert, würden auf irgendeinen Termin Ende 1993/94 verwiesen. Keiner wisse wann. Damit sei dieses Programm ein Stück weit ruiniert; vielleicht sogar endgültig ruiniert — das wisse man nicht.

Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) griff die Frage der bundesweiten Bedeutung des Stichwortes Energiekonsens auf. NRW lege Wert darauf, daß man die schwierigen Herausforderungen und die Probleme, die die Energiepolitik und die besondere Situation des Energielandes NRW betreffen, wenn

Fortsetzung Seite 10

Ausgleich für Landwirte noch in diesem Jahr

Der Landtag hat einem dritten Nachtrags-haushaltsgesetz 1992 im Entwurf der Landesregierung (Drs. 11/4752) nach zweiter und dritter Lesung einstimmig zugestimmt. Umwelt- und Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen (SPD) wies bei der Begründung der Regierungsvorlage darauf hin, daß mit der Vorlage ein Einkommensausgleich für die Landwirte in NRW nach dem Auslaufen eines dreiprozentigen Mehrwertsteuer-ausgleichs erreicht werden soll. In der Sache stimmten alle Fraktionen zu.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) erklärte, der dreiprozentige Mehrwertsteuer-ausgleich zum Ausgleich währungsbedingter Einkommensverluste für die Landwirtschaft sei am 31. Dezember 1991 ausgelaufen. Die Ministerpräsidenten der Länder hätten sich dafür ausgesprochen, daß als Anschlußregelung eine bis zum 31. Dezember 1992 befristete und modifizierte Aufstockung des soziostrukturellen Einkommensausgleichs in den alten Bundesländern und der Anpassungshilfe in den neuen Bundesländern vorgesehen werden sollte. Die Länder stünden allerdings unverändert auf dem Standpunkt, daß es sich ungeachtet ihrer Ergänzungsleistung beim soziostrukturellen Einkommensausgleich für den Landwirt um eine Bundesaufgabe handele, die in vollem Umfang durch den Bund zu finanzieren sei. Der Bund habe sich dann entschlossen, einen Einkommensausgleich in Höhe seines Anteils an der Umsatzsteuer, nämlich in Höhe von 65 vom Hundert zu gewähren, und zwar ganz unabhängig davon, ob sich die Länder beteiligten oder nicht. Das entsprechende Gesetz sei am 24. Oktober 1992 in Kraft getreten. Nachdem alle Flächenländer ihre Bereitschaft zur Mitfinanzierung erklärt hätten, schaffe auch NRW durch diesen dritten Nachtrag die Basis für Ausgleichszahlungen noch in diesem Jahr, und zwar wie der Bund in Höhe des Anteils an der Umsatzsteuer, also 35 vom Hundert.

Echard Uhlenberg (CDU) sagte, wenn man zehn Tage, bevor dieses Jahr 1992 im Grunde parlamentarisch und politisch zu Ende gehe, locker in der Lage sei, 40 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, dann sei das entweder eine Luftbuchung oder man habe den Landtag, den Haushalts- und Finanzausschuß und den entsprechenden Fachausschuß mit den realistischen Zahlen des Haushaltsplanes 1992 nicht ausgestattet. 40 Millionen Mark nicht aus dem Etat von Herrn Schleußer, sondern aus dem Einzelplan 10 (Landwirtschaftsminister) sollten jetzt mal eben locker bei Herrn Matthiesen zusammengestrichen werden. Es wäre vom Minister und der Mehrheitsfraktion im Landtag souverän gewesen, wenn man vor vier Wochen einem entsprechenden CDU-Antrag zugestimmt „und nicht diese komische Show abgezogen hätte, wie Sie es getan haben“. Was die Sache an sich angehe, stimme die CDU-Landtagsfraktion diesem Nachtragshaushalt zu.

Fortsetzung Seite 16

Fußball gegen Ausländerfeindlichkeit

Das auf Initiative von FCL-Chef Uwe Herder arrangierte und von Ministerpräsident Johannes Rau eröffnete Fußballturnier war ein Signal gegen Ausländerfeindlichkeit, gegen Haß und Gewalt und für ein friedliches Zusammenleben von Ausländern und Deutschen. Die Spielpartner des FCL auf dem Sportplatz Opphof in Wuppertal-Elberfeld waren die griechisch/jugoslawische Mannschaft aus den Vereinen Apollon und Jogoslavia sowie die beiden türkischen Mannschaften Malatya aus Wuppertal und Orientspor aus Köln. Der FC Landtag blieb in seinen beiden Spielen in der regulären Spielzeit ungeschlagen, obwohl er sich mit Malatya und Orientspor zwei Mannschaften gegenüber sah, die wesentlich jünger sowie läuferisch und technisch weit überlegen waren.

Angefeuert von Marlies Elsen, der wir für ihre unschätzbaren Dienste an dieser Stelle herzlich danken, und der Abgeordneten Vera Dedanwala schwang sich der FCL jedoch zu einer kämpferischen Abwehrleistung auf. Malatya hatte ein Dutzend hochkarätiger Chancen, erzielte jedoch lediglich ein Tor. Der FCL hatte nur eine einzige Chance, die aber nutzte er clever zum Ausgleich. Einen tollen Schrägschuß von Yvonne Kempen, abgezogen vom rechten Strafraum, konnte der türkische Keeper nur abklatschen — Arnim Brux, Brux, nicht Brax, das sollten sich alle, die es angeht, endlich mal merken, war zur Stelle und bugsierte das Leder ins Netz.

Mit zunehmender Spieldauer lief es immer besser beim FCL. Das Spiel gegen Orient-

spor konnte schon wesentlich ausgeglichener in den Spielanteilen gestaltet werden und endete 0:0. Bei kühler Witterung brauchte es eben seine Zeit, bis der Motor des FCL warmgelaufen war und Uwe Herder, Michael Ruppert und Helmich von Schewick ihre Fußballkünste zur Entfaltung bringen konnten. Bei der Entscheidung im jeweiligen Elfmeterschießen jedoch versagten die Nerven. Nur Alex Schmidt traf für den FCL, die anderen möchten ungenannt bleiben. Uwe Herder zog sofort die Konsequenzen, strich die freien Tage zwischen Weihnachten und Neujahr und ordnete Sondertraining an. Insgesamt aber: ein zufriedenstellender sportlicher Saisonabschluß mit einer gelungenen Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit.

H.Z.

Haushalt 1993...

Fortsetzung von Seite 9

möglich in einem erneuten Ansatz zu einer Konsensbildung in der Gesamtpolitik der Bundesrepublik einbringe. Aber man dürfe dabei nicht übersehen, daß es sehr unterschiedliche Interessenlagen der Beteiligten gebe: Diese unterschiedlichen Interessenlagen seien legitim. Die Behauptung, die EVU und die Vertreter der Kernenergie hätten mit ihrem Vorstoß den Ausstieg aus der Kernenergie programmiert, hielt Einert als „schlichte Darstellung für Quatsch“. Hier gehe es um Interessenlagen. In diesem Hintergrund stünden in den nächsten acht bis zehn Jahren überhaupt keine Ersatzinvestitionsentscheidungen an.

Fritz Kollorz (CDU) regte an, bei den allzu langwierigen Genehmigungsverfahren nach Art des „Runden Tisches“, wie dies bereits in einigen östlichen Bundesländern praktiziert werde, zu einer Beschleunigung zu kommen. Im Interesse der wirtschaftlichen Situation müsse zudem verstärkt Standortfragen, Aufgabenverlagerung, Privatisierungen und Entbürokratisierung Augenmerk geschenkt werden. In der Energiepolitik, die in letzter Zeit dankenswerterweise in Bewegung gekommen sei, müsse man zu einem Konsens auf der Grundlage des Energiemixes kommen. Dann gebe es auch gute Chancen, in der Entsorgungsfrage gemeinsam voranzukommen.

Gerd Mai (DIE GRÜNEN) wandte sich gegen das „übliche Lamento“ über zu lange Genehmigungsverfahren: Ein gutes Mittel dagegen seien die möglichst frühe Beteiligung der Umweltverbände und der Beteiligten und das Verbandsklagerecht. Auch das Argument, NRW habe Standortnachteile zu fürchten, wenn es zu einer Abgabe etwa auf Abwäre komme, ziehe nicht, da andere Länder bereits beide Instrumente eingeführt hätten.

Hagen Tschölsch (F.D.P.) hakte beim Energiekonsens ein: Jeder irre, der glaube, bei einer Fortsetzung der Subventionierung als Ersatz des Kohlepfennigs sei NRW als Land nach der Ein-Drittel-/Zwei-Drittel-Lösung einzubinden. Dem könne er persönlich auf keinen Fall zustimmen. Wenn man nach Bonn signalisieren könne, daß hier Übereinstimmung herrsche, dann sei das für das Land von großer Bedeutung, betonte Tschölsch.

Minister Günther Einert (SPD) bestätigte diese Übereinstimmung; in dieser Frage sei allein der Bund verfassungsmäßig zuständig. Das Land sei „faktisch“ nicht in der Lage, neben der bisherigen Ein-Drittel-Mitfinanzierung des Hüttenvertrags auch nur über eine weitere anteilige Finanzierung als Nachfolgeregelung des Kohlepfennigs nachdenken zu können. (Die Berichterstattung wird in der nächsten Ausgabe fortgesetzt)

Arbeitsschutz im Chemiestudium

Auf die Kleine Anfrage der Grünen-Abgeordneten Marianne Hürten bezüglich des Arbeitsschutzes im Chemiestudium antwortet das Ministerium für Wissenschaft und Forschung, daß die Gefahrstoffverordnung Mensch und Natur vor gefährlichen Stoffen schützen soll. Diese Regelungen treffen auch auf Studenten zu und werden durch die Technischen Regeln für Gefahrstoffe „Umgang mit Gefahrstoffen im Hochschulbereich“ ergänzt. Vor einem Praktikum müssen die Studenten in der Gefahrstoffproblematik unterrichtet werden. Ferner wird dies auch in Verbindung mit anderen Studienfächern vermittelt und damit als prüfungsrelevant angesehen, wenngleich es als eigenständige Prüfungsleistung zur Zeit noch keinen Eingang in die Prüfungsverordnung gefunden hat (Drs. 11/3389).

Bonn will Länder „maßgeblich berücksichtigen, wenn schwerpunktmäßig zuständig“

Europa-Ausschuß sammelt Fragen zum Binnenmarkt

Die Bemühungen der NRW-Landesregierung um mehr Ländermitsprache in der EG nach Inkrafttreten des Maastrichter Vertrags, die Vorbereitungen zum Europäischen Binnenmarkt und die NRW-Hilfe in irakisch-Kurdistan waren Schwerpunkte der von Jürgen Büssow (SPD) geleiteten Sitzung des Unterausschusses Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit am 2. Dezember. Bei der Erörterung des Sachstandsberichts der Landesregierung zur Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes einigten sich die Fraktionen auf eine öffentliche Sitzung im ersten Halbjahr 1993 gemeinsam mit Fachausschüssen des Landtags, in der Fragen der Bürgerinnen und Bürger nach dem Übergang zum Binnenmarkt beantwortet werden sollen. Zunächst sollen die Fragen in den Fraktionen gesammelt werden.

Im Unterausschuß war der auf die ministerielle Ebene der Ressorts zugeschnittene Bericht als nicht bürgerlich genug empfunden worden. Insbesondere Abgeordnete aus den Grenzregionen vermißten das Eingehen auf die Probleme vor Ort. Anders als Unternehmen und Verbände seien die Bürgerinnen und Bürger nicht ausreichend vorbereitet auf „den freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital“ in den Grenzen der EG ab Januar 1993. Mit der öffentlichen Sitzung will der Unterausschuß Auskunftswünsche erfüllen helfen.

Zu Beginn der Sitzung hatte Staatskanzleiminister Wolfgang Clement von der Verabschiedung des Gesetzes über die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern nach der Ratifizierung des Maastrichter Vertrags durch den Bundestag am 2. Dezember berichtet. Dessen Paragraph 6 enthalte einen Konfliktlösungsmechanismus und sei wesentlich dem Betreiben der NRW-Landesregierung zu verdanken. Zwei noch unbefriedigende Probleme sind nach den Worten von Clement die Berücksichtigung von Stellungnahmen von Bundestag oder Bundesrat „je nach schwerpunktmäßiger Zuständigkeit“ durch die Bundesregierung und die kommunale Präsenz im Ausschuß der Regionen. Die klare Position der deutschen Bundesländer, daß es sich beim Ausschuß der Regionen um die Weiterentwicklung der bundesstaatlichen Ordnung handle, die kommunale Repräsentanten ausschließe, sei von der Bonner Mehrheit ausgehebelt worden, die sich für drei kommunale Vertreter ausgesprochen habe. Dagegen biete die NRW-Landesregierung den Kommunen die Beteiligung auf vertraglicher Basis an. Zeit für weitere Verhandlungen gebe es bis Mitte nächsten Jahres.

Kurden im Nordirak

Anstelle des bisherigen Artikels 23 Grundgesetz, der als „Geltungsbereich des Grundgesetzes“ die Altbundesländer, ferner „andere Teile Deutschlands nach deren Beitritt“ bestimmt, tritt nun ein siebenteiler neuer Artikel, in dem es unter anderem heißt:

„Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit ... Der Bund kann hierzu durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates Hoheitsrechte übertragen. ... Wenn im Schwerpunkt Gesetzgebungsbefugnisse der Länder, die Einrichtung ihrer Behörden oder ihre Verwaltungsverfahren betroffen sind, ist bei der Willensbildung des Bundes insoweit die Auffassung des Bundesrates maßgeblich zu berücksichtigen ...“

Im Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union lautet der Paragraph 6: „Im Falle sich widersprechender Stellungnahmen des Bundestages und des Bundesrates berücksichtigt die Bundesregierung vorrangig die Stellungnahme des Bundestages und des Bundesrates, je nachdem, ob im Falle innerstaatlicher Gesetzgebung die Materie schwerpunktmäßig in die Zuständigkeit des Bundes oder der Länder fällt.“

Beim Thema „Partnerschaftliche Hilfe von NRW für Kurdistan als Modellprojekt im Europa der Regionen“ teilte Unterausschußvorsitzender Büssow mit, daß der Hauptausschuß im Haushaltsentwurf für den Einzelplan 02 (Ministerpräsident und Staatskanz-

lei) den Ansatz „Maßnahmen der Landesregierung zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingen“ von einer um fünf auf sechs Millionen Mark für 1993 erhöht habe. Der Haushaltsausschuß stimmte in seiner Schlußsitzung am 3. Dezember der Erhöhung zu, die als „Winter- und Hungerhilfe für Bürgerkriegsflüchtlinge in Jugoslawien und Kurden im Nordirak“ begründet wurde. Für internationale Zusammenarbeit und Projekte im Ausland sind im Einzelplan 02 für 1993 insgesamt rund 38 Millionen Mark (etwa ein Fünftel des gesamten Einzelplans) veranschlagt, davon knapp vier Millionen für



In Barzan im Nordirak kümmerte sich der Grünen-Abgeordnete Siegfried Martsch (r.) zusammen mit Scheik Abdullah um den Bau von festen Unterkünften für kurdische Witwen.

Entwicklungsländer und knapp 26 Millionen Mark für Projekte im Ausland. Für „Maßnahmen der Landesregierung im Rahmen der neuen Flüchtlingspolitik“ (Makedonien) sind rund acht Millionen Mark vorgesehen.

Namens des Unterausschusses sprach Vorsitzender Büssow zwei in der Kurden-Hilfe engagierten Beamten des NRW-Innenministeriums, die ihren ausführlichen schriftlichen Bericht mündlich ergänzten, in der Sitzung ausdrücklich Dank für ihren Einsatz aus und regte an, deren Erfahrung für andere Projekte der „neuen Flüchtlingspolitik“ zu nutzen.

Bis Ende November seien, so erläuterten die Beamten, 94 LKWs mit Lebensmitteln für 75000 Kurden in den Nordirak gegangen. Zur Hälfte seien diese von NRW, zur Hälfte vom Auswärtigen Amt finanziert worden. In dreizehn Dorfprojekten seien 900000 Mark verbaut worden. Bei der Wiederherstellung der ländlichen Strukturen könne mit bescheidenen Mitteln viel erreicht werden.

Ein festes Haus mit zwei Räumen koste etwa 1800 Dollar.

„Mit Hilfe des Landes NRW wird“, so heißt es im Bericht des Innenministers über das Grenzgebiet von Amadiya, „ein Signal gesetzt, das mit Sicherheit Auswirkungen auf das gesamte Gebiet haben wird, zumal es dort keine Aktivitäten anderer Hilfsorganisationen gibt. Wenn keine äußeren politischen Ereignisse den gemachten Anfang zerstören, dann werden in kurzer Zeit in dieser fruchtbaren und begünstigten Landschaft wieder blühende Dörfer entstehen.“

Vier NRW-Dorfprojekte im Barzangebiet dienten laut Bericht vor allem der Rückführung von Witwenfamilien in ihre Heimat. Mindestens 8000 Männer seien 1983 im Irak-Iran-Krieg vom Saddam-Regime verschleppt und ermordet worden. Projektträger sei die Demokratische Partei Kurdistans (KDP), da nur sie über die nötige Autorität verfüge, das Projekt ohne störende Einflüsse durch Stammesführer durchzuführen. Trotz des traditionell starken Einflusses der Stammesführer fanden im Mai 1992 mit Unterstützung aus NRW die ersten freien Wahlen zu einer autonomen Republik in dem UN-geschützten, von rund drei Millionen Kurden bewohnten Nordirak statt. Dabei erhielt keiner der Führer der beiden größten Parteien die Mehrheit. Vor der Wahl war der KDP-Präsident von der NRW-Landesregierung nach Deutschland eingeladen worden und hatte auch den Unterausschuß Europapolitik besucht. Nach der Wahl reiste Innenminister Dr. Schnoor nach Kurdistan und übergab Lieferungen aus einem Konvoi von 40 LKWs und 10 Anhängern aus der früheren DDR, bis in die Südtürkei gelenkt von 89 Polizeibeamten aus NRW, an die Vertreter einer deutschen und einer Schweizer Hilfsorganisation.

Seit August 1992 hält sich ein Vertreter der irakischen Kurden ständig in Deutschland auf. NRW unterstützt den vom Auswärtigen Amt finanzierten Bau einer wichtigen Straße im Grenzgebiet. Anfang Oktober 1992 begannen militärische Operationen der irakischen Kurden gegen die Basen der türkisch-kurdischen Arbeiterpartei (PKK) im Nordirak. „Ziel war“, so der Bericht aus dem NRW-Innenministerium, „die dauerhafte Unterbindung bewaffneter Aktionen gegen die Türkei und die Wiederbesiedlung der Grenzdörfer auf irakischer Seite. In diese Operationen griff die Türkei mit einer militärischen Invasion im Nordirak gegen die PKK ein. Am 30. Oktober 1992 kapitulierten die PKK-Einheiten im Irak. Zwischen 1500 und 2000 Mann wurden von den irakischen Kurden interniert ... Trotz nachhaltiger Proteste der irakischen Kurden hat sich die türkische Armee bisher noch nicht aus dem Irak zurückgezogen. Die politischen Auswirkungen sind noch nicht absehbar.“

Das Staatsbad Zug um Zug auf dem Weg zur Stärkung seiner Wirtschaftlichkeit

Formen der traditionellen chinesischen Heilkunst eröffnen neue Perspektiven

Die Arbeitsgruppe Staatsbad Oeynhausen hat sich auf ihrer Sitzung am 2. Dezember unter Vorsitz von Günter Meyer zur Heide (SPD) einen Überblick über die geplanten und angelaufenen Baumaßnahmen zur Attraktivitätssteigerung dieses einzigen Wirtschaftsbetriebs des Landes verschafft. Unter diesem Aspekt stand auch der zweite Tagesordnungspunkt dieser Sitzung, die Einführung von Elementen der traditionellen chinesischen Medizin. Hier berichtete Professor Dr. Manfred Blank vom Universitätsklinikum Essen über das medizinische Konzept, das der Einrichtung zugrunde liegt.

Professor Blank wies auf die Zusammenarbeit zwischen Essen und zwei großen Medizinischen Einrichtungen in der Volksrepublik China hin: Seit zwölf Jahren gebe es enge Kontakte mit den Medizinischen Universitäten Peking und Wuhan, die beide täglich 8000 ambulante Patienten versorgten. In Essen seien bisher 230 chinesische Medizinerinnen und Mediziner weitergebildet worden.

Blank warnte vor dem Mißverständnis, es gebe nur eine traditionelle chinesische Medizin, in Wahrheit seien es mehrere hundert Arten. Daneben gebe es Versuche, die herkömmliche chinesische Medizin mit der westlichen Medizin zu verbinden. An den Spitzenuniversitäten in China spiele die traditionelle Medizin nur in Nebenbereichen eine Rolle, erläuterte Blank. In Oeynhausen biete sie sich vor allem in Orthopädie und Neurologie an. Die angewandten Verfahren seien Akupunktur, Manualtherapie sowie traditionelle Arten meditativer Gymnastik (Qui Gong und Tai Chi); eingesetzt würden vor allem pflanzliche Heilmittel. Unter seiner beratenden Aufsicht würden ein deutscher Arzt und zwei chinesische Mediziner mit guten Deutschkenntnissen in Oeynhausen tätig. Blank unterstrich vor der Arbeitsgruppe das große Interesse, das die chinesische Seite dieser Einrichtung entgegen-

bringe und schloß mit der Feststellung, daß er nun seinen Auftrag zur Entwicklung des medizinischen Konzepts, den er im Dezember 1991 erhalten habe, zurückgeben könne: „Wir können in die Realisierungsphase eintreten.“ Dabei riet Blank nachdrücklich zu einem vorsichtigen Beginn, um in der Öffentlichkeit nicht zu hohe Erwartungen zu wecken und die Kosten in der Anlaufphase gering zu halten. Eine spätere Aufstockung sei dann immer noch möglich.

Ein herzliches „Glückauf“ wünschte Günter Meyer zur Heide (SPD) der neuen Einrichtung. Er warnte ebenfalls davor, den zweiten Schritt vor dem ersten zu tun. Diese Meinung unterstützte Ministerialdirigent Dr. Günter Berg, Leiter der Abteilung I im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS): Wenn sich die Einrichtung trage, könne man personell und räumlich weitermachen.

Heinrich Dreyer (CDU) wollte wissen, wie das Problem der Kostenübernahme der Behandlung durch die Krankenkassen gelöst werde. Hier verwies Professor Blank auf noch laufende Verhandlungen. Generell aber sei es so, daß die Kassen zahlten, wenn effektive und preisgünstige Therapieformen angewandt würden. Zudem sei mit dieser speziellen Art der Behandlung eine Ersparnis an Medikamenten verbunden, die er mit 20 bis 40 Prozent bezifferte.

Für die Grünen begrüßte Dr. Michael Vesper das neue Oeynhausener Therapiekonzept. Es gehe nicht nur um die Übertragung von Elementen der chinesischen Medizin in unsere Breiten, sondern auch darum, deutsche Schulmediziner mit Formen der chinesischen Therapie vertraut zu machen. Diesen Gedanken griff Wilhelm Krömer (CDU) auf mit der Frage, ob daran gedacht sei, eine regionale Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Ärzten aufzubauen. Bodo Champignon (SPD) hielt Kostengesichtspunkte zwar für bedeutsam, stellte aber auch die mit dieser Einrichtung verbundene

Aufwertung für das Staatsbad Oeynhausen heraus: In weiten Bevölkerungskreisen sei ein hohes Interesse an der Arbeit dieses neuen Zweigs im Therapieangebot festzustellen, befand er.

Über die organisatorischen und finanziellen Einzelheiten führte Dr. Berg aus, inzwischen sei Einigung darüber erzielt worden, daß das Staatsbad den deutschen Mediziner anstellen und die therapeutischen Maßnahmen liquidieren könne. Überfließende Erträge verblieben beim Staatsbad. Es stelle einen 400 Quadratmeter großen Teil des Badehauses I zur Verfügung und trage damit zur dauerhaften und gewinnbringenden Nutzung seiner Einrichtungen bei. Wenn pro Tag 30 Patientinnen und Patienten die neue Einrichtung aufsuchten, dann würde bei 80 Mark pro Behandlung und bei 220 Behandlungstagen im Jahr der Ertrag die Personal- und die laufenden Kosten um knapp 80000 Mark übersteigen, bezifferte Berg die Anfangsrechnung.

Berg berichtete vor der Arbeitsgruppe von weiteren positiven Veränderungen in Bad Oeynhausen. Mehrere Bauvorhaben seien angelaufen oder in der Durchführung, die geeignet seien, das wirtschaftliche Ergebnis des Staatsbades weiter zu verbessern. So seien die Strukturhilfemittel für den Ausbau der Wittekind-Therme II bewilligt, die Planungen liefen an; die Gesamtkosten hätten sich von 15 auf 18 Millionen Mark erhöht. Ende kommenden Jahres könne die neue Klinik am Rosengarten in Betrieb gehen; hier blieben die Kosten im Rahmen, und der Pflegesatz sei „marktgängig“. Weit gediehen seien die Verhandlungen für den Hotelneubau in der Nähe des Kurhauses; mit dem ersten Spatenstich sei Ende 93/Anfang 94 zu rechnen. Für die Parkieranlage mit ihren 300 Plätzen seien ebenfalls Strukturhilfemittel bewilligt, die Verlagerung des Betriebs hofs sei auf gutem Weg, das Heizwerk müsse noch abgerissen werden. Insgesamt, so Ministerialdirigent Dr. Berg, seien die Baumaßnahmen in Bad Oeynhausen „über den Berg“.

Diskriminierungsversuche

In letzter Zeit sei häufiger zu beobachten, daß mit dem Schild „Ausländer haben keinen Zutritt“ ausländischen Mitbürgern der Zugang zu Gaststätten und Diskotheken verweigert werde. Fremdländisch aussehende Gäste würden nur hereingelassen, wenn sie durch Ausweis ihre deutsche Staatsbürgerschaft nachweisen könnten. Was die Landesregierung gegen die Häufung dieser Fälle zu tun gedenke, wollte die F.D.P.-Abgeordnete Marianne Thomann-Stahl in ihrer Kleinen Anfrage wissen. In seiner Antwort meldete Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) als Ergebnis seiner Rückfragen bei den Regierungspräsidenten, daß allenfalls sehr vereinzelt in Paderborn und Bielefeld versucht worden sei, Ausländern den Zugang zur Gaststätte durch solche Hinweise zu verwehren. Die örtlichen Ordnungsbehörden hätten jedoch solche Diskriminierungsversuche „nach Anhörung der beteiligten Gaststättenbesitzer“ problemlos beigelegt. Im übrigen habe die Umfrage auch ergeben, daß „keinesfalls eine Häufung von Diskriminierungsfällen gegenüber Ausländern in letzter Zeit festzustellen ist“ (Drs. 11/4731).



Gast in der Arbeitsgruppe Staatsbad Oeynhausen: Professor Dr. Manfred Blank aus Essen (l.) erläuterte das medizinische Konzept einer neuen Einrichtung, die in Kürze ihre Arbeit aufnehmen soll. Neben Blank weiter auf dem Bild im Vordergrund (v.l.): Oberregierungsrätin Schuck-Mitzke, Ministerialdirigent Dr. Berg (beide MAGS) und Arbeitsgruppenleiter Günter Meyer zur Heide.

Foto: Schüler

Aktuelle Viertelstunde

Frage zu Besuch und Äußerung des Präsidenten des Landesrechnungshofs

Im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde zum Thema „Informationsbesuch des Präsidenten des Landesrechnungshofs in Nottuln“ hat die CDU in der Sitzung des Ausschusses für Haushaltskontrolle am 8. Dezember den LRH-Präsidenten Professor Dr. Eberhard Munzert um Bericht gebeten, „inwieweit er den offiziellen Besuch von SPD-Ortsvereinen mit seinem Amt als Präsident des Landesrechnungshofs vereinbar hält“. Dabei bezog sich der CDU-Abgeordnete Helmut Diegel auf einen Pressebericht aus der Presseschau der Landesregierung, wonach der LRH-Präsident im münsterländischen Nottuln die Wohnungsbaupolitik des Landes gelobt haben soll. Dadurch sei der Eindruck entstanden, so Diegel, als ob sich der LRH-Präsident parteipolitisch betätigt habe. Gerade wegen seiner Objektivität und Unabhängigkeit genieße der LRH in der Öffentlichkeit aber einen besonderen Ruf. Diegel: „Dieser Eindruck soll erhalten bleiben.“

Ausschußvorsitzender Walter Neuhaus (CDU) erinnerte an die rechtlichen Grundlagen einer Aktuellen Viertelstunde in Ausschüssen. Nach der Rechtslage könne der Präsident, der in beratender Funktion an den Sitzungen des Ausschusses teilnehme, nicht zu einer Stellungnahme aufgefordert, sondern allenfalls gebeten werden.

Für die SPD stellte Walter Greverer fest, daß sich die Aktuelle Viertelstunde im Ausschuß, die es verabredungsgemäß geben könne, in Analogie zur Aktuellen Stunde gemäß Geschäftsordnung des Landtags zu halten habe: Eine aktuelle Frage der Landespolitik müsse als Gegenstand der Aussprache sein. Die SPD habe erhebliche Zweifel daran, ob in diesem Fall die Voraussetzungen für eine Aktuelle Viertelstunde gegeben seien. Anders als die CDU gehe seine Fraktion davon aus, daß der LRH-Präsident sich seinem Amt gemäß verhalten habe. Zudem sei es nicht Aufgabe des Haushaltskontrollausschusses, über beamtenrechtliche Fragen zu entscheiden.

Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.) fand, es handele sich zweifellos um eine Frage der Landespolitik, da es schon relevant sei, wenn der Eindruck entstanden sein könnte, daß an der Objektivität bei künftigen Prüfungen durch den LRH Zweifel zu knüpfen seien. Riemer: Der LRH-Präsident solle sich äußern, ob er sich „erkläre“.

LRH-Präsident Munzert war zu dieser Erklärung bereit, die er mit der Gegenfrage einleitete, ob die CDU diese Aktuelle Viertelstunde auch beantragt hätte, wenn er vor der CDU aufgetreten wäre. An der Fragestellung monierte er, damit werde der Eindruck erweckt, als habe sich der LRH-Präsident nicht dem Beamtenrecht gemäß verhalten. Seine Antwort auf die gestellte Frage sei: „Im Prinzip ja.“ Der Präsident sei nicht beim Ortsverein gewesen, sondern habe im Nottulner Rathaus einen Informationsbesuch gemacht, an dem unter anderen der Bürgermeister und der Gemeindedirektor teilgenommen hätten; beide seien Mitglied der



Landtagsvizepräsident Ulrich Schmidt (Mitte vorn) hat die Präsidenten osteuropäischer Rechnungshöfe sowie Parlamentarier der Kontrollausschüsse von Volksvertretungen empfangen, die — auf Einladung des Bundesrechnungshofs in der Bundesrepublik — auch den nordrhein-westfälischen Landtag zu vertiefenden Gesprächen besuchten. Der Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen war vertreten durch Ministerialrat Dr. Hans Blasius (Mitte, rechts neben Schmidt). Der Landtagsvizepräsident sagte bei seiner Begrüßung, so wie der Landesrechnungshof arbeitete auch die anderen Rechnungshöfe im Spannungsfeld zwischen den Ressortverwaltungen, die ihre Pfründe behalten wollten, und der Politik, die manchmal Unmögliches möglich machen wolle. Unabhängigkeit von beiden Feldern sei daher eine unabdingbare Voraussetzung für die Tätigkeit. „Ich halte die Rechnungshöfe für die parlamentarische Arbeit für unverzichtbar“, schloß Schmidt. Foto: Schüler

CDU und ihm seit längerem bekannt. Die dabei von ihm, Munzert, ausgesprochene Anerkennung der Wohnungsbaupolitik habe nichts mit Landespolitik zu tun, denn er habe die Baupolitik der Gemeinde als interessant angesehen. Die Gemeinde setze nämlich den Planungsmehrwert dafür ein, die Kosten der Infrastrukturmaßnahmen abzudecken. Im übrigen hätte ein Anruf bei ihm genügt, um diesen Sachverhalt aufzuklären, betonte Munzert, der klarstellte, daß der Präsident des LRH an Informationsveranstaltungen der gesellschaftlichen Gruppen teilnehmen könne und sich dabei an die Vorschriften halte, nämlich „unparteiisch und gerecht“ zu sein.

Helmut Diegel (CDU) dankte für die Sachverhaltsaufklärung durch den Präsidenten. Angesichts der offensichtlich fehlerhaften Berichterstattung in der Presse insistierte er mit der Nachfrage, ob der Präsident grundsätzlich SPD-Veranstaltungen besuchen wolle und werde. Walter Greverer protestierte: Wenn es der CDU bisher um das Ansehen des LRH gegangen sei, dann gehe es jetzt der SPD um das Ansehen dieses

Ausschusses. Munzert schloß die Debatte mit der Feststellung ab: Das sei ihm zu „dumm“, als daß er noch darauf antworte — „bei allem Respekt vor einem Abgeordneten, Herr Diegel“.

Anschluß an Fernbahnnetz

Die Flughafen Düsseldorf GmbH, deren Gesellschafter zu je 50 Prozent das Land Nordrhein-Westfalen und die Stadt Düsseldorf sind, stellt in ihrem jetzt erschienenen Geschäftsbericht 1991 schwerpunktmäßig die Planungen für einen Anschluß des Rhein-Ruhr Flughafens an das Fernbahnnetz vor. Der Systemverbund zwischen Luft- und Schienenverkehr ist seit einigen Jahren das erklärte Ziel der Verkehrspolitik geworden. Ein Fernbahnhof wird ab der Jahrtausendwende zum Regelangebot eines europäischen Großflughafens gehören müssen, wenn er im europäischen Wettbewerb eine wesentliche Rolle spielen will. Derzeit laufen Untersuchungen zur Finanzierbarkeit des für Düsseldorf vorgesehenen Fernbahnhofs.

Verkehrsausschuß an DB:

„Mehr Waggons!“

Einstimmig beschloß der Verkehrsausschuß am 3. Dezember eine Resolution an den Vorstand der Deutschen Bundesbahn, in der sofortige Abhilfe gegen Zustände im Schienen-Nahverkehr gefordert wird, die massive Beschwerden von ÖPNV-Nutzern ausgelöst hatten. Um das Ausfallen, Verspätungen, Platzmangel und Verschmutzung in Nahver-

kehrszügen zu vermindern, solle die DB für ausreichende Fahrzeugkapazität sorgen, unter anderem durch: Waggons aus den Beständen der Deutschen Reichsbahn, Einsatz neuer Doppelstockwagen in NRW-Balungsräumen, von Reservieren ausländischer Bahnen und von Fernverkehrswagen im Nahverkehr. Das Angebot der Landesregierung, die Fahrzeugförderung für 28 S-Bahn-Wagen aufzunehmen und die Verlängerung von Bahnsteigen mitzufinanzieren, solle umgehend aufgegriffen werden, forderte der Verkehrsausschuß.

Grubenausschuß besuchte Bergbau-Zulieferer

Dosiertes Hobeln mit angepaßter Bedüsung

Mit dem Beitrag der Bergbauzulieferindustrie zur Verbesserung der Grubensicherheit und zur Humanisierung des Arbeitslebens im Bergbau befaßte sich der Ausschuß für Grubensicherheit beim Besuch der Firma Westfalia-Becorit-Industrietechnik (WB) in Lünen am 4. Dezember, dem Tag der Schutzheiligen der Bergleute St. Barbara. Nach der Vorstellung beeindruckender Neuentwicklungen und einem Rundgang durch die Fertigung von Steuerungen wurde in der von Vorsitzendem Helmut Marmulla (SPD) geleiteten Aussprache auch der ökonomische Aspekt hoher Sicherheits- und Gesundheitsstandards angesprochen.

„Bei allen Bergbauunternehmen der Welt genießt der Name Westfalia Becorit einen ausgezeichneten Ruf, aber in allen Sektoren ist die Konkurrenz groß“, erklärte Geschäftsführer Christian Hagemeier bei der Vorstellung des weltweit tätigen Unternehmens. Außer im Stammwerk Lünen (2050 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) befinden sich in

NRW Fertigungsstätten in Bockum-Hövel und in Hünxe. Wegen des seit Jahren anhaltenden Kohlerückzugs in Deutschland hat sich WB längst aus dem Bergbau heraus diversifiziert. Im Tief- und Tunnelbau ermöglichte der hydraulische Rohrvortrieb den Bau eines 1200 Meter langen Versorgungstunnels mit einem Durchmesser von fünf Metern

unter der Kieler Förde. Ein breites Angebot an Brecher- und Zerkleinerungstechnik führte zur Lieferung einiger Anlagen in die frühere DDR und zu Bauschutttaufbereitungen an der Berliner Mauer. In der Aluminiumproduktion hält die NRW-Firma in Kanada, Baren und Südafrika mit. Bei Neuentwicklungen der Nuklear-Servicetechnik (zum Beispiel die hydraulische Schraubspannmaschine) und bei Automobil-Demontage-Anlagen rechnen sich die Manager auch in Zukunft Absatzchancen aus.

Im Vortrag von Dr. Ulrich Paschedag (Technischer Vertrieb) über technische Weiterentwicklungen beeindruckte der Fortschritt an Großgeräten auch kenntnisreiche Mitglieder des Ausschusses. Beim sensorgesteuerten Richtungshobeln werden der Versatz und der Verschleiß gering gehalten. Nebenbei wurde die Bedüsung parallel zum Vortrieb automatisiert, so daß die Staubentwicklung um 30 Prozent reduziert werden konnte. Das Nachrüstpaket für „dosiertes Hobeln“ zum Einbau am Schild wurde mit Kosten von zwei Millionen Mark als relativ preiswert bezeichnet.

Eine andere Verbesserung macht den „Elephant Step“ möglich, der das Festfahren verhindert: Automatischer Ablauf beim Schildausbau mit schleifendem Nachziehen der Schilde. Durch elektronisch gesteuerten Antrieb werden „Schattenhobeln“, blockierte Hobel und Strebausbrüche vermieden. Eine häufige Gefahrenquelle wird durch das Einziehgeschirr für Ketten mit optimierter Spannung beseitigt.

Allerdings können, das räumte der Vertriebsingenieur ein, nicht alle Unfallzonen entschärft werden. Probleme wie an der von Ausschußmitglied Hans Vorpeil angesprochenen Bandübergabe seien nicht lösbar. Sein Fraktionskollege Rudolf Apostel ließ in der Aussprache Bedenken hinsichtlich der Bezahlbarkeit teurer Weiterentwicklungen erkennen. „Man müßte eigentlich zu eleganten, kleineren Anlagen kommen“, lautete die Antwort zu Auftragsproblemen für Großgerät im deutschen Steinkohlenbergbau angesichts des Rückgangs der Förderung. International gehe der Bergbau in größere Teufen, sagte Dr. Paschedag und leitete daraus weitere Nachfrage nach Spitzentechnik ab. Mit Hoffnungen blicken die Bergbauzulieferindustrie und die Kohlepolitiker auf die Märkte im Osten. Vor einem Jahr hat sich der Ausschuß für Grubensicherheit gründlich im polnischen Bergbau umgesehen. Auf einem Symposium in Essen zur „deutsch-polnischen Zusammenarbeit im Bergbau“ wurden vorige Woche langjährige Geschäftsbeziehungen und staatlicher Erfahrungsaustausch zur Förderung des Exports von NRW-Spitzentechnologie vertieft. Finanzierungsprobleme beim Ostgeschäft werden durch Landesbürgschaften gemildert. Im Handlungsrahmen der Landesregierung für den Kohlerückzug ist auch eine Branchenstrategie für die Absatzförderung der Bergbauzulieferindustrie vorgesehen. International bekannte Firmen wie Westfalia-Becorit setzen auf die jahrzehntelange Erfahrung unter Tage: „Unsere Produkte zeichnen sich aus durch hohe Qualität des Stahlbaus, geringe Reparaturaufkommen, lange Lebensdauer, leichtes Gewicht sowie eine flexible, freiprogrammierbare und zuverlässige Steuerung.“ Um eine bessere Akzeptanz der Preise zu erreichen, müßten nun noch nordrhein-westfälische Grubensicherheit und Arbeitsschutz zu Exportchlagern gemacht werden.



Nach dem Rundgang durch die Fertigung von Steuerungen stellte sich der Ausschuß für Grubensicherheit vor der Teilschnittmaschine WAV 408 auf, die für den Export nach Österreich bestimmt ist (5. v.l.): Ausschußvorsitzender Helmut Marmulla.
Foto: Westfalia Becorit

Haushalts-Marathon

In der Schlußberatung nahm die SPD-Mehrheit des Haushalts- und Finanzausschusses am 11. Dezember das Gemeindefinanzierungsgesetz und den Haushalt 1993 mit einem Gesamtvolumen von rund 77,7 Milliarden Mark an und stimmte der Finanzplanung des Landes NRW bis 1996 zu. In der ganztägigen Schlußberatung zur zweiten Lesung am 3. Dezember, von Vorsitzendem Leo Dautzenberg in Anwesenheit zahlreicher Beamter aus allen Ressorts geleitet, wurden noch zahlreiche Änderungen vorgenommen.

Die größten Korrekturen erfolgten in den Ansätzen des Sozial- und des Verkehrsministers. 15 Millionen Mark mußten zusätzlich für die Kommunen für De-facto-Flüchtlinge, 30 Millionen Mark für fünf Zentrale Aufnahmestellen eingeplant werden. Beim Landesstraßenbau legte der Landtag 55 Millionen Mark zu. Das Haushaltsvolumen nahm nach Abschluß der Beratungen gegenüber dem Entwurf des Finanzministers mit Ergän-

zungsvorlage um 70,5 Millionen Mark zu. Bereits in ihrer zweitägigen Klausurtagung Anfang November hatte die SPD-Fraktion zahlreiche Korrekturen beschlossen, die überwiegend durch Kürzungen bei anderen Ansätzen gedeckt waren. Auch die Haushaltspolitik der Oppositionsfraktionen hatten den Budget-Entwurf für 1993 gründlich durchgearbeitet. Der CDU ging es um Reduzierung der Schuldenaufnahme, als sie Einnahmeverbesserung durch Verkäufe von Landesvermögen vorschlug. Die F.D.P. machte ebenfalls deutliche Sparvorschläge, vor allem im Personalbereich, und wollte mit den vorhandenen Mitteln mehr in die Bildung investieren. Den radikalsten Umbau des Landeshaushalts hätten die Grünen gern vorgenommen: mehr Einnahmen durch Umweltabgaben, Ausgabenumschichtungen für Energiesparen, Schienenverkehr, Steuerverwaltung und Soziales. Die im Haushalt 1993 erkennbaren zusätzlichen Schwerpunkte der SPD liegen bei Verbesserungen für die Polizeiaufbahn, Verkehrsinvestitionen, Altenpflege, Studentenwerksförderung, Arbeitsbeschaffung und Suchtbekämpfung.

Ökonomie und Ökologie sollen sich im Wald nicht ausschließen

In Nordrhein-Westfalen nimmt der Wald 26 Prozent der Fläche des Landes ein (zum Vergleich: In Hessen und Rheinland-Pfalz sind es 41, in Hamburg zehn Prozent); für jeden Bewohner des Landes stehen 510 Quadratmeter Wald zur Verfügung (in Brandenburg sind es 3800, in Bremen nur zehn Quadratmeter). Mit 43 Prozent Waldanteil verfügt der Regierungsbezirk Arnsberg über mehr als zweieinhalbmals soviel Wald wie die Regierungsbezirke Köln und Düsseldorf. Sechs Prozent des Kreises Neuss sind bewaldet, der Kreis Siegen-Wittgenstein hat elfmal soviel Wald (66 Prozent). Das sind nur einige Zahlen aus der Antwort der Landesregierung (Drs. 11/4419) auf die Große Anfrage 11 der CDU-Fraktion: „Unser Wald in Nordrhein-Westfalen — seine Aufgaben und Funktionen — Welche politischen und administrativen Entscheidungen sind in den nächsten Jahren erforderlich?“

In ihrer Einleitung stellt die anfragende Fraktion fest, der Wald werde von der Bevölkerung vornehmlich als Ort der Erholung, Gesundheit und Freizeitgestaltung erlebt. „Die Voraussetzungen für diese wichtigen Leistungen des Waldes, die Waldpflege und Bewirtschaftung einerseits, die Holzernte und -verwertung andererseits, werden oft nicht hinreichend erkannt und gewürdigt.“ Dabei bedürfte die gesamte Komplexität der ökonomischen und ökologischen Funktionen unseres Waldes der ständigen politischen Erörterung und Begleitung. Auch ein so gründlicher und umfassender Bericht wie der Landeswaldbericht 1991, den die Regierung vorgelegt habe, lasse eine Fülle von Fragen offen, betont die CDU.

So werde die Genehmigungspraxis bei Aufstellungsanträgen überwiegend als restriktiv empfunden — was dafür die Gründe seien? Dieses der Politik der Waldvermehrung zuwiderlaufende Argument läßt die Landesregierung nicht gelten: Eine solche restriktive Genehmigungspraxis sei objektiv nicht gegeben, bekräftigt sie. Von den in den Jahren von 1985 bis 1991 den 45 Landesforstämtern vorgelegten 3379 Erstaufstellungsanträgen seien 3050, das sind 90,3 Prozent, genehmigt worden. Von 1980 bis 1989 habe im Land die Waldfläche um 3612 Hektar zugenommen. Die Hauptgründe für die Erhöhung des Waldanteils seien die notwendige Rückführung der landwirtschaftlichen Produktion und die Veränderungen der Wirtschaftsstruktur in einigen Regionen. Die Landesregierung, so Forstminister Klaus Matthies (SPD) weiter, begrüße das Angebot der EG-Kommission, die Erstaufforstung bisher landwirtschaftlich genutzter Flächen stärker als bisher finanziell zu fördern, sie könne allerdings nicht vorhersagen, in welchem Umfang die Grundstückseigentümer das neue Förderprogramm annehmen werden: „Die Landesregierung geht davon aus, daß in der Anlaufphase nicht mehr als 400 Hektar erstaufgeforstet werden. Das wäre immerhin etwa das Dreifache der Fläche, die im abgelaufenen Jahr gefördert worden ist.“



Die wirtschaftliche Bedeutung des Waldes rückt die Große Anfrage der CDU in den Blickpunkt: Während die Schutzwirkungen des Waldes für Boden, Wasser, Luft und Klima sowie seine Bedeutung als Lebensraum für eine vielgestaltige Flora und Fauna den meisten Menschen bekannt seien, werde die Bedeutung des Waldes als Lieferant des Rohstoffs Holz oft nicht ebenso gewürdigt, betont die Fraktion. — Unser Bild zeigt eine malerische Partie im Angerbachtal zwischen Heiligenhaus und Ratingen. Foto: Kocks

Eine generelle Beeinträchtigung der Wirtschaftlichkeit der Forstwirtschaft durch Anforderungen des Naturschutzes und der Landschaftspflege vermag der Minister nicht zu erkennen. So sei festzustellen, daß eine nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes, „die sowohl eine Nachhaltigkeit des Rohstoffs Holz als auch eine ökologische und infrastrukturelle Nachhaltigkeit beinhaltet“, als eine naturnahe Bewirtschaftung aus der Sicht menschlicher Ansprüche kein negativ beeinträchtigender Faktor der ökologischen Qualität sei. Er wolle nicht bestreiten, daß Naturschutz und Landschaftspflege mit ihren speziellen Anforderungen möglicherweise Ziele verfolgen, „die den unternehmerischen Zielen der Forstbetriebe konträr sein können und diese in ihrem wirtschaftlichen Handeln einschränken“, aber dazu bedürfe es stets einer individuellen Betrachtung des Einzelfalles. In dem Programm „Wald 2000“ habe das Forstministerium deutliche Eckpunkte für einen Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie im Wald gesetzt. Dazu biete die Landesregierung den Waldbesitzern finanzielle Hilfen an, insbesondere die Fördermaßnahmen bei Wiederaufforstung mit Laubholz, Maßnahmen zur Naturverjüngung, Vor- und Unterbau, Einsatz von Rückepferden und Anlage, Gestaltung und Pflege von Sonderbiotopen im Wald.

Unter Hinweis auf den „ungeheuren Kapitalwert des Waldes“, den die CDU mit rund 20 Milliarden Mark beziffert, und auf die besondere Bedeutung des Waldes als Produzent des wertvollen Rohstoffs Holz sieht die Union die Notwendigkeit eines umfassenden Holzmarketings als gegeben an. Dazu schlägt die Landesregierung vor, daß sich die Waldbesitzer zu Kooperationen für das gemeinsame Vermarkten von Forstprodukten zusammenfinden, daß verstärkt innovative Holzverarbeitungstechnologien — insbesondere der neuen Zellstoffverfahren zur Lösung der Restholzproblematik — eingeführt werden und daß Holz als umweltfreundlicher Baustoff in öffentlichen und öffentlich geförderten Bauten verstärkt zur Geltung komme. Daneben sei seit 1985 die erforderliche Logistik aufgebaut worden, um bei einem Überangebot von Holz dieses räumlich durch Export oder zeitlich durch Lagerung zu strecken. Im übrigen sehe die Regierung keine Möglichkeit, den Verbrauch von Holz insgesamt zu steigern: Der Verbrauch von Holzprodukten — vor allem von Zellstoff und Papier — sei eng mit der Steigerung des Bruttosozialprodukts verbunden: „Eine gleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung in West- und Osteuropa ist der sicherste Garant für die Steigerung des Holzverbrauchs.“

Umgang mit Kindern macht Spaß Sie bereichern das Leben der Eltern

Die zentrale Zusammenkunft der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände im Landtag Nordrhein-Westfalen stand in diesem Jahr unter dem Motto „Politik für die Familien – Politik für die Zukunft“. In ihrer Ansprache vor den Vertretern der fünf Familienverbände betonte Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe: „Ich fasse diesen Leitgedanken als Aufforderung an uns Politiker auf, sich diesem Thema besonders zu widmen und noch mehr zu tun als bisher.“

Aber es könne nicht nur um Hilfe „von außen“ gehen, es müsse auch darüber

erleichtertes „Einsteigen“ folgen. Gefragt seien auch flexible Kindergartenzeiten, genügend Kindergartenplätze und sinnvolle Unterbringung in Tageseinrichtungen.

Bedeutung für Familien

Auf den „inneren“ Bereich eingehend stellte die Präsidentin die Frage: „Was bedeutet Familie für uns eigentlich noch?“ Heiße Familie nicht für viele nur noch, auf eine begrenzte Anzahl von Jahren mit Kindern



Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (links am Rednerpult) bei ihrer Ansprache vor der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände im Restaurant des Landtags. Foto: Schüler

gesprachen werden, was die Familie „von innen“ für sich selbst tun könne und müsse. Die Familie zu fördern und zu unterstützen sei eine der wichtigsten staatspolitischen Aufgaben. Die Bewältigung dieser Aufgabe geschehe auf allen Ebenen, das heiße auf Bundes-, Landes- und kommunaler oder regionaler Ebene. Im Mittelpunkt dieses Zusammenwirkens stünden neben den Familien die Selbsthilfegruppen, Familienverbände, Kirchen und viele weitere Institutionen, sagte die Präsidentin.

Zur Förderung und Entwicklung der Familien sei vor allem die Politik gefragt: Zum Beispiel das familiengerechte Wohnen, die Schaffung eines Wohnumfeldes, welches familienfreundlich sei, und nicht zuletzt die Schaffung der Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

„Ich glaube, daß wir in Zukunft noch vermehrt nach neuen und weiteren Regelungen im Bereich der Teilzeitarbeit und der Elternfreistellung suchen müssen“, erklärte Frau Friebe. Es gehe um gute Lösungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dem „Aussteigen“ von Eltern aus dem Beruf, um sich intensiv den Kindern zu widmen, müsse ein

zusammenzuleben, sich irgendwie zu arrangieren? Sie folgerte, mehr und mehr unterliege die Kindheit der „Zeitökonomie“, das heiße, Kinder müßten sich an die Welt der Erwachsenen anpassen, sicherlich zum Teil, weil diese sich anpassen müßten, aber zum Teil auch, weil sie sich selbst verwirklichen wollten. In der Konsequenz seien es gerade die Schwächsten, also die Kinder, von denen eine Anpassung an die Welt der Erwachsenen erwartet werde. Eine Ursache sei wohl, daß bisherige Wertvorstellungen auch ins Wanken geraten seien.

Die Präsidentin schloß, es sei daher klarzumachen, welche Bedeutung Kinder für die Eltern hätten. „Es sind die Kinder selbst, die das Leben der Eltern bereichern und damit die Familie sinnvoll werden lassen. Umgang mit Kindern macht Spaß und öffnet Blickwinkel, da ihre ursprünglichen und weitgehend unangepaßten Äußerungen und Verhaltensweisen in der heutigen Lebenswelt neue und erfrischende Anregungen geben können.“

Der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft, Pfarrer Heinz-Georg Weber, forderte bessere Rahmenbedingungen für eine familienfreundliche Gesellschaft.

Parkraumbewirtschaftung: „Düsseldorf vor!“

Auf Antrag der Grünen fand im Verkehrsausschuß am 3. Dezember unter Leitung von Hans Jaax (SPD) eine verbundene Aussprache über die Einführung von Semesterticket, Jobticket und über Parkraumbewirtschaftung statt. Daß sich das Semesterticket im Versuch Dortmund als Selbstläufer erwiesen habe, wurde begrüßt. Wie Minister Kniola mitteilte, könnten im kommenden Jahr vier Fünftel der in NRW Studierenden ein Semesterticket erwerben. Eine Koppelung mit Parkraumbewirtschaftung an Hochschulen sei jedoch nicht beabsichtigt. Angesichts vieler Probleme im Zusammenhang mit Benutzergebühren für Parkraum an öffentlichen Gebäuden des Landes soll die Landeshauptstadt Düsseldorf eine Lösung vordringen. Das wurde in Vorgesprächen von Hochschulen und Behörden deutlich. Die Einführung pauschaler Parkgebühren für Landesbedienstete unterläge der Mitbestimmung der Personalvertretung. Die Belange von Anwohnern der Umgebung müßten gesichert werden. Ordnungsbehörden müßten „Schwarzparken“ ahnden.

98811 deutsch-deutsche Ehen wurden 1991 gegenüber 102831 im Jahre 1990 in Nordrhein-Westfalen geschlossen. Die Zahl der geschiedenen Ehen mit deutsch-deutschen Partnern belief sich in beiden Jahren auf über 33000. Aus geschiedenen Ehen gingen 1990 fast 25000 und 1991 annähernd 26000 Kinder hervor. Darauf verweist das Innenministerium in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Horst Radtke (Drs. 11/4097).

Ausgleich für Landwirte ...

Fortsetzung von Seite 10

Johannes Gorlas (SPD) sagte: „Wenn wir jetzt diese Lösung der Finanzierung gefunden haben, ist das ein erfreulicher Tatbestand.“ Die Finanzierung sei seriös, und die Landwirte in Nordrhein-Westfalen bekämen in diesem Jahr, „wie wir versprochen haben, ihr Geld“. Ansonsten stünden die Bauern, wie man heute der „Rheinischen Post“ unter der Überschrift „NRW-Bauern stehen am besten da“ entnehmen könne, gut da. Das spreche für die Qualität dieses Landes.

Friedel Meyer (F.D.P.) betonte: „In der letzten Ausschusssitzung war ich ganz platt, als ich hörte, daß der Minister seine Gesinnung gewandelt hat.“ Er habe es nicht für möglich gehalten, daß er wirklich ein solches Opfer für die Landwirte in NRW bringe. „Hoffentlich geht das gut, daß er nicht so sehr gefeiert, dabei eventuell großwahnsinnig wird und im nächsten Jahr noch mehr zahlt“, schloß der Abgeordnete.

Siegfried Martsch (DIE GRÜNEN) meinte, wenn der Minister und die SPD-Fraktion in der letzten Sitzung signalisiert hätten, daß es unter bestimmten Voraussetzungen eine Lösung gebe, daß es entsprechend geregelt werde, wenn es zu einem Einvernehmen mit den anderen Flächenländern komme, dann könne er heute im Grunde genommen nur dem Minister danken, daß er und die Landesregierung das Versprechen eingelöst hätten und die Bauern zu ihrem Recht gekommen seien. „Das ist das einzige, was zählt“, bekräftigte der Abgeordnete.

Literatur

Der lange politische Weg eines Bürgers und Christen

Johannes Raus Lebensbilder zeigen Menschen und sind ein Dokument der Zeitgeschichte

Hat man das Buch beendet und die Flut von Lebensbildern auf sich wirken lassen, bleibt ein Eindruck vor allen anderen: Da hat ein Mann einen inzwischen langen politischen Weg beschritten, der immer auch der Weg eines Christen gewesen ist, eines evangelischen Christen aus Überzeugung, eines toleranten Protestanten.

Das nie unterbrochene Bekennen zieht sich nicht als Faden, gar vielleicht noch als „roter“, sondern, um im Bild zu bleiben, als dehnbarer und reißfester Strang durch ein politisches Leben. Da ist noch die Erkenntnis Martin Luthers in vivo, daß die Gnade Gottes die Macht sei, die den Menschen ändern müsse, bevor er sein Leben ändern könne. Und des anderen prominenten politischen Protestanten forderndes Wort, das Wort Gustav Heinemanns, der Verzicht eines Christen auf politische Verantwortung sei nicht erlaubt, hat er auf seine unverkennbar eigene versöhnliche Art beherzigt.

Johannes Raus Lebensbilder sind indessen nicht nur von biographischer Bedeutung, sie sind auch Bilder des politischen und sozialen, des getrennten und vereinigten Staatsgebildes Deutschland von der Nachkriegszeit bis heute, mit mühsamer, oft quälender Wegfindung, dem Mitschleppen von Ballast und den Versuchen des Abtragens von Schuld, des Zusammenführens von Christen- und Bürgergemeinde sowie der Klärung des Verhältnisses von Juden und Christen im Dialog.

Johannes Rau stammt aus Wuppertal. Er wird dort 1931 geboren. Als er acht Jahre alt ist, beginnt der Zweite Weltkrieg. Kriegszeit überlagert seine Schulzeit, die 1948 endet. Er tritt in einer Wuppertaler Verlagsbuchhandlung eine Lehre an, die 1952 mit der Gehilfenprüfung endet. Elternhaus, die Beschäftigung mit der Bibel, die Zuneigung zu Büchern bestimmen die frühen Jahre. Johannes Rau hat seine Eltern offensichtlich sehr geliebt, wenn auch bereits im Jahre 1953 in einem Text für die „Jungenwacht“ eine gewisse Distanz zum Elternhaus anklingt. In einem Anflug jugendlicher Prophetie stellt er damals fest: „Meine Kinder werden keine Musterkinder werden. Und sie werden einmal mehr Verständnis fordern und mehr Taschengeld. Dann werde ich vielleicht von jenen Zeiten reden, in denen alles ganz anders und viel normaler war.“ Im übrigen korrigiert er die landläufige Meinung, daß er in einem Pfarrhaus gewohnt habe. Von seinem Vater sagt er: „Pfarrer war er nicht, Wanderprediger nicht: Ein Prediger unterwegs.“

Der junge Mann Johannes Rau, inzwischen Lektor im Wuppertaler Verlag, wird in den 50er Jahren Journalist. Er kommt mit den Gründern der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) im Hause Heinemann in Essen zusammen. Er schreibt 20 Jahre nach der Barmer Synode über die Bekennende Kirche des Jahres 1954, über den maßgeblichen Frankfurter Kirchentag von 1956 und über das „protestantische Rom“, eine Hommage an seine Heimatstadt an der Wupper.

Er ficht aber auch mit dem journalistischen Florett gegen den politischen Kurs seiner Zeit, den Adenauer-Kurs. In einer ironischen „Definition“ legt er dem „Vereinfacher Adenauer“ in den Mund: „Christentum, das ist für mich die weitgehende Übereinstimmung zwischen dem Wahlvorschlag der Bischöfe morgens und dem Stimmenanteil der CDU am anderen Morgen.“

Indessen wird das politische Engagement stärker. Nach der Auflösung der GVP tritt Jo-



Johannes Rau

hannes Rau 1957 mit Gustav Heinemann und Diether Posser, dem späteren Minister in seinem Kabinett, in die SPD über. In der Schrift „Politische Verantwortung“ wendet Rau sich im gleichen Jahr vehement gegen die These, daß ein Wahlsieg der SPD das „Christentum“ gefährde. Dem Bürger und Wähler rät er, er solle sich informieren. „Er wird dann finden, daß die Wandlung der SPD von einer atheistisch-revolutionären Partei der Arbeiterklasse zur demokratischen, weltanschauungsfreien politischen Gruppe auf dem Boden wirklichen Menschenrechts praktisch vollzogen ist.“

Der politische Ernstfall beginnt für Rau, als er 1958 in den Düsseldorf Landtag gewählt wird, als einziger der vier Wuppertaler SPD-Direktkandidaten. Er ist nun Verlagsleiter und Mitherausgeber der „Politischen Verantwortung“. Er bezieht in seinem Blatt weiter Position zu brisanten Fragen. 1961 in einer philosophischen und gleichzeitig kämpferischen Gedankenfolge zur weltanschaulichen Fixierung herrschender Politik hält er fest: „Toleranz — etwas ganz anderes als der so oft mit ihr verwechselte Indifferentismus — sollte eingeübt werden. Der Blick auf den anderen sollte dazu freimachen, den

Staat im Vorletzten anzusiedeln und ihn zur Heimat für alle seine Bürger zu machen. In der recht verstandenen Demokratie gibt es keine Menschen erster und zweiter Klasse.“ Losgelöst von der Prämisse, ist eine solche politisch ethische Forderung von beklammernder Aktualität.

Und 1969 geht Rau als SPD-Fraktionsvorsitzender in einer Rede das Erbübel frontal an, das in den neunziger Jahren wieder lange Schatten über das Land wirft: „Die Existenz rechtsradikaler Gruppen — und gar in deutschen Parlamenten — schafft für die Bundesrepublik eine andere Situation als für andere Länder. Wir täten gut daran, der jungen Generation zu sagen, daß ihre Nichtschuld an dieser Vergangenheit sie nicht herausnimmt aus der Solidarität der Generation. Deutsche müssen im Guten und im Bösen mit ihrer Geschichte leben. Es ist eine Frage unseres Charakters, des Charakters des einzelnen wie des Sozialcharakters, wie wir bestehen. Dazu gehört, daß wir denen eine Abfuhr erteilen, die die Vergangenheit aufs Heute verlängern möchten.“

Solches Selbstverständnis kennzeichnet auch Raus Haltung gegenüber den Juden. In einer Ansprache „Gegen das Vergessen“ zur Wiedereröffnung der Alten Synagoge in Essen 1988 sagt er, das Verbrechen des Judenmordes sei ein Verbrechen an uns selber gewesen. „Und wenn wir den Weg der deutschen Kultur in die Zukunft gehen wollen, dann wird er ein Weg sein müssen, bei dem wir die Sprachlosigkeit zwischen Juden und Nichtjuden überwinden, und bei dem wir nicht nur aneinander denken, sondern den anderen hineinnehmen in unser Denken, in unser Wollen und Fühlen, daß wir zu erfragen und zu ertasten suchen, welche Last er trägt, und daß wir unsere Schultern hergeben, um Lasten mitzutragen.“

Lebensbilder sind Einsichten und Ausschnitte zugleich. Sie zeichnen die Lebenslinie eines Mannes nach, der nach Niederlagen etwa der bei der Bundestagswahl 1987 der Devise seines Freundes Gustav Heinemann getreu ist: „Weitermachen mit aufrechtem Gang. Und in festem Glauben.“

In einer Predigt in der Kölner Antoniterkirche im Jahr 1991 beschreibt Johannes Rau, wie das für einen Christenmenschen, auch oder gerade in der Politik auszusehen hat: „Aber was den Auftrag angeht, so ist der der Christen deutlich: den Verführern abzusagen, nicht denen nachzulaufen, die rufen: Siehe hier, da ist es, oder siehe da. Nicht zu warten, bis uns die Illuminationen durch die Ideologen faszinieren und uns den Blick wegnehmen, sondern Hand anlegen, arbeiten, Welt verändern.“ Eckhard Hohlwein

(Johannes Rau: Lebensbilder / Texte von Johannes Rau. Herausgegeben von Rüdiger Reitz und Manfred Zabel, Gütersloher Verlags-Haus Mohn, Gütersloh 1992, 240 Seiten mit zahlreichen Fotos und Faksimiles, Gebunden, 45 Mark)

SPD-Fraktion

Kampagne gegen rechts: Am Anfang bedenke das Ende

Mit einem Bündel von Maßnahmen und Aktionen will die SPD-Fraktion im Landtag ein Zeichen gegen Ausländerfeindlichkeit setzen, die Ursachen für menschenverachtende Gewalt aufklären und mit dazu beitragen, die Toleranz und Weltoffenheit Nordrhein-Westfalens zu erhalten. Auftakt war eine Resolution gegen rechts-extreme Verfassungsfeinde im Landtag. Daneben werden überall im Land Handzettel gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit verteilt. Diese Aktion hat die SPD-Fraktion unter das Motto gestellt: „Am Anfang bedenke das Ende.“

Zu Jahresanfang wollen die Sozialdemokraten im Landtag ausländische und deutsche Arbeitnehmer und Gewerkschafter zu einer Arbeitnehmerkonferenz einladen. Fraktionsvorsitzender Prof. Dr. Friedhelm Farthmann will außerdem mit den Eltern von Skinheads Gespräche über die Ursachen von Gewalt bei Jugendlichen führen. Der Hauptausschuß des Landtages soll ferner, ebenfalls zu Beginn des nächsten Jahres, eine Anhörung mit Vertretern von Jugendorganisationen, der Polizei und aus den Schulen veranstalten.

„Haben Sie schon einmal darüber nachgedacht, wohin die Duldung menschenfeindlicher Gewalt unser Land treiben kann?“ Mit dieser Frage beginnt der Handzettel der SPD-Fraktion, der in einer Auflage von rund einer halben Million Stück verteilt wird. Auf der Titelseite ist neben dem Motto „Am Anfang bedenke das Ende“ das Foto eines weinenden Hitler-Jungen dargestellt. Die

SPD-Fraktion stellt fest, daß die Demokratie von den Bürgerinnen und Bürgern gestützt wird. „Aber wir stehen an einer Wegscheidung. Wir müssen uns entscheiden und dürfen nicht tatenlos zusehen. Wollen wir in einer humanen Gesellschaft leben oder soll die Ellbogenmentalität über alles siegen?“

Die Sozialdemokraten weisen darauf hin, was humane Gesellschaft bedeutet: „Toleranz und Menschlichkeit zwischen den Generationen und Nationen und ein faires Miteinander in sozialer Verantwortung.“ Fraktionsvorsitzender Friedhelm Farthmann bittet anläßlich der Kampagne die ausländischen Bürger und die europäischen Nachbarn wahrzunehmen, daß die überwältigende Mehrheit der Deutschen gegen Ausländerfeindlichkeit und gegen Gewalt demonstriert. Gleichzeitig weist die Fraktion darauf hin, daß unser Rechtsstaat die Gewalttäter hart bestrafen und ihre Organisationen verbieten muß.

CDU-Fraktion

Sitz für Kommunen im EG-Regionalausschuß gefordert

Mit Nachdruck setzt sich die nordrhein-westfälische CDU dafür ein, daß die deutschen Städte und Gemeinden Sitz und Stimme in dem EG-„Ausschuß der Regionen“ bekommen werden. Bestrebungen der deutschen Länderregierungen, die 24 Sitze des künftigen EG-Regionalausschusses ausschließlich mit Vertretern der Landesregierungen zu besetzen, bewertete die stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Ruth Hieronymi, als „Affront

gegenüber den Kommunen“ und als „nicht hinnehmbaren Alleinvertretungsanspruch der Länder, der sowohl dem Wortlaut wie dem Geist der Maastrichter Verträge“ widerspreche. Sie kündigte eine parlamentarische Initiative der Düsseldorfer CDU-Landtagsfraktion an, deren Ziel es sei, den kommunalen Spitzenverbänden – Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund – im Rahmen einer Bundesratsinitiative Sitz und Stimme im Regionalausschuß der EG zu verschaffen. „Mit dem Angebot der Länderregierungen, die Kommunen vor einer Sitzung des Regionalausschusses künftige – wie es so schön unverbindlich heißt – ‚inhaltlich zu beteiligen‘, lassen wir uns nicht abspesen. Die Regierung Rau muß handeln!“ forderte die CDU-Politikerin.

Eine „förmliche Aussperrung der Kommunen“ von der Arbeit im EG-Regionalausschuß sei „ebenso widersinnig wie nicht hinnehmbar“, sagte Frau Hieronymi. Frau Hieronymi wörtlich: „Die Kommunen tätigen zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen. Die EG-Vergabevorschriften und die Beihilfekontrolle treffen sie daher in besonderem Maße. Darüber hinaus sind die Kommunen Träger jener öffentlichen Dienstleistungen, die die EG künftige neuen Regelungen unterwerfen will, insbesondere in den Bereichen Ver- und Entsorgung, Verkehr, Messe- und Ausstellungswesen sowie Wohnungswesen. Wer also die Prinzipien Föderalismus und Subsidiarität ernst nimmt, der kann die deutschen Städte und Gemeinden nicht draußen vor der Tür lassen.“

F.D.P.-Fraktion

F.D.P. will Organisationsüberprüfung der Landtagsverwaltung

Zum ersten Mal in den Haushaltsberatungen des Landtags hat die Fraktion der F.D.P. den Einzelplan 01 für den Landtag abgelehnt. Trotz der Aufforderung der anderen Fraktionen, alle für 1993 neu ausgewiesenen Stellen für die Landtagsverwaltung zu streichen und eine Organisationsüberprüfung durchzuführen, hat die Mehrheit des Landtags anders entschieden. Dies ist nach Ansicht der F.D.P. ein völlig falsches Signal in der öffentlichen Debatte um Stellenabbau in allen Bürokratien.

Der Landtag hätte als Haushaltsgesetzgeber mit gutem Beispiel vorangehen müssen. Es war schon einmalig in der Geschichte der Haushaltsberatungen, daß erst durch eine sogenannte Alternativ-Vorlage der Landtagspräsidentin auf einen Schlag acht Stellen mehr ausgewiesen werden sollten, obwohl der Finanzminister expressis verbis keine Stellen ausweitungen im Einzelplan des Landtages akzeptieren wollte. Verfolgt man die Stellenentwicklung der Landtagsverwaltung: 1980: 220 Stellen, 1985: 228 Stellen, 1990: 309 Stellen, geplant für 1993: 333 Stellen, dann fragt man sich, ob Parkinson hier fröhliche Urstände feiert. Der Alternativvorschlag der Landtagspräsidentin ist mit Abstand absoluter Rekord in den alten Bundesländern. Bayern folgt als nächstes mit 226 Stellen, im Schnitt sind es nur 144 Stellen.

Außerdem wies die F.D.P. darauf hin, daß die Zeit der großen Gesetzesvorhaben längst vorbei ist. Auch die Aufgabenstellung für den Landtag hat sich verändert. Dies muß auch in der Organisationsstruktur seinen Niederschlag finden. Neue Anforderungen müssen nicht immer mit Neueinstellungen verbunden werden. Neue Aufgabenfelder gehen einher mit dem Wegfall oder dem Rückgang alter Aufgaben. Neue Aufgaben oder Mehraufgaben können auch durch Umsetzungen erledigt werden.

Die F.D.P. kritisiert das unkontrollierte Wuchern einer Verwaltung, die sich einer kritischen Überprüfung auf Effizienz, Wirtschaftlichkeit und Zielgerichtetheit der Aufgabenwahrnehmung bisher nicht unterzogen hat. Deshalb fordert die F.D.P. eine externe Organisationsuntersuchung.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Grüne warnen vor Gentechnologie

Die Grünen sind besorgt über eine Werbekampagne zugunsten der Gentechnologie. Seit Monaten wird der Versuch unternommen, der Öffentlichkeit die Notwendigkeit einer Auflockerung des bestehenden Gentechnologiegesetzes schmackhaft zu machen. Aus Anlaß eines Kongresses in Köln, „Bio- und Gentechnologie“, Anfang Dezember hat die Landtagsabgeordnete der Grünen, Katrin Grüber, sich mit anderen Gentechnologie-Kritikerinnen und -Kritikern an die Öffentlichkeit gewandt und vor der Akzeptanz dieser Risikotechnologie

gewarnt. Das Ziel, einen gesetzlichen Freifahrtsschein zu erhalten, verbirgt aber zugleich die eigenen Probleme, die die Gentechniker nach wie vor mit dieser Technik haben. Ihre großen Erwartungen haben sich als völlig überzogen herausgestellt. Einzelne Firmen, wie Henkel, haben sich schon aus dem Geschäft zurückgezogen. Das Versprechen, über die Gentechnologie neue Arbeitsplätze zu schaffen, konnte nicht eingelöst werden. Im Gegenteil – die Dortmunder Sozialforschungsstelle stellt in einem Bericht fest: „Die Substitution herkömmlicher durch gentechnische Verfahren wird im allgemeinen mit einem relativ sinkenden Personalbedarf verbunden sein.“

Als eine Legende hat sich auch die immer wieder befürchtete Abwanderung der Gentechnikindustrie ins Ausland erwiesen – angeblich wegen der hohen Sicherheitsanforderungen.

Tatsächlich ist dies nur eine Drohung, um konzernfreundliche Gentechnikgesetze durchzusetzen. Wenn Firmen in die USA gehen, dann aus absatzstrategischen Gründen.

Katrin Grüber: „Das Ergebnis der gegenwärtigen Agitationsanstrengungen wird sein, daß das Vertrauen nicht erhöht, sondern gesenkt wird. Das wissen wir aus der Diskussion über die Atomtechnologie. Ärgerlich ist nur, daß es trotz alledem immer noch Politiker gibt, die auf das ganze Wehgeschrei hereinfließen und das löchrige Gentechnologiegesetz noch weiter aushöhlen wollen. Im übrigen: selbst die jetzige Fassung des Gesetzes fällt hinter die entsprechende EG-Richtlinie zurück. Das Gesetz muß verbessert, nicht weiter verschlechtert werden.“

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

Haus trägt Namen Gerhart Hauptmanns

Das bisherige „Haus des Deutschen Ostens“ in Düsseldorf trägt künftig den Namen „Gerhart-Hauptmann-Haus“. Darauf hat sich auf Vorschlag des Vorstandes das Kuratorium geeinigt, das sich aus Vertretern der vier Fraktionen des nordrhein-westfälischen Landtags, des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, des Kultusministeriums, der Stadt Düsseldorf, der Kirchen, des Bundes der Vertriebenen sowie aus Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zusammensetzt. In einer neuen Satzung wird die Aufgabenstellung des Hauses erweitert sowie die bis zur Wiedervereinigung vorgesehene Zuständigkeit für mitteldeutsche Kultur aufgehoben. Das Haus will neben dem traditionellen Aufgabenschwerpunkt die kulturellen Wechselbeziehungen der Deutschen mit den Völkern im östlichen Europa fördern.

Untersuchung zum Weiterbau der A 4

Der Landesregierung ist nicht bekannt, daß die Sächsische Staatsregierung ein Gutachten zu dem Thema „Notwendigkeit des Baues einer Autobahn A 4 zwischen Olpe und Hattenbach“ in Auftrag gegeben hat. Eine Anfrage dort habe auch ergeben, daß der Freistaat Sachsen keine derartige Untersuchung durchführen lasse. Der Freistaat beteilige sich allerdings mit 5 000 Mark an der Finanzierung eines Gutachtens, das eine verkehrs- und regionalwirtschaftliche Untersuchung einer A 4-Verbindung Olpe — Bad Hersfeld und ihrer Verknüpfung nach Osten und Westen zum Inhalt habe. Mit diesen Worten beantwortete Verkehrsminister Franz-Josef Kniola (SPD) die Kleine Anfrage der Grünen-Abgeordneten Gisela Nacken, die die Landesregierung nach ihrer Stellungnahme zu einem solchen Gutachtenauftrag befragt hatte. In seiner Antwort (Drs. 11/4608) fügt der Minister noch ein, daß Auftraggeber der genannten Untersuchung die Industrie- und Handelskammer zu Köln sei.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884 2303, 884 2304
und 884 25 45, btx: # 568 01*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD),
Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt
MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;
Hagen Tschoeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer
Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE
GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen
(SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU),
Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Presse-
sprecher; Werner Stürmann (DIE GRÜNEN),
Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend her-
gestellt, chlorfrei gebleichtem Papier ge-
druckt.

Porträt der Woche



Jürgen Jentsch (SPD)

Er zählt zu jener Generation, deren Kindheit die Kriegs- und Nachkriegszeit entscheidend beeinflusst und geprägt haben: Schon als Vierjähriger verlor Jürgen Jentsch seinen Vater an der Front, als Achtjähriger wurden er und seine Mutter von den Polen aus dem heimatlichen Stettin vertrieben. Über Notunterkünfte in Schleswig kamen sie schließlich nach Gütersloh, wo der heutige Parlamentarier die Schlosserlehre absolvierte. 25 Jahre lang war dann Jürgen Jentsch in seinem Beruf tätig, bis ihn 1980 die Gewerkschaft zum Sekretär für den großräumigen DGB-Bezirk Paderborn berief. Schon als Handwerker war das damalige Betriebsratsmitglied übrigens der IG Metall beigetreten; später bekleidete er zahlreiche Ehrenämter im DGB, so gehörte er u. a. dem Bundeshandwerksausschuß der Gewerkschaften an.

Der frühe Eintritt in die Gewerkschaftsbewegung und seine politische Heimat, die SPD, sind keine Zufälle. Sein Großvater, der den im Krieg gefallenen Vater „ersetzte“, war Gewerkschafter und Sozialdemokrat. Neben seiner vielfältigen Gewerkschaftsarbeit widmet sich Jürgen Jentsch bis heute noch insbesondere Jugendproblemen. Nachdem er 1975 in den Gütersloher Stadtrat gewählt worden war, engagierte sich der Sozialdemokrat für die sogenannten freien Jugendgruppen. Als heutiger Landesvorsitzender der „Aktion Jugendschutz e.V.“, der vor allem beratend und informativ wirkt, wird er mit vielen Problemen konfrontiert. Als aktuelle sind die zunehmenden Gewaltdarstellungen in den elektronischen Medien und der teilweise noch tabuisierte sexuelle Mißbrauch von Kindern zu nennen. Schließlich rückt die Gewalt in den Schulen in die öffentliche Aufmerksamkeit.

Der Sozialdemokrat kam 1985 sozusagen „über Nacht“, wie er sich heute erinnert, in den Düsseldorfer Landtag. Als Kandidat des Wahlkreises 103, Gütersloh II, hatten weder er noch seine Familie und Parteifreunde damit gerechnet, die jahrzehntelange Domäne der CDU für Sozialdemokraten zu erobern. „Meiner Familie und mir brachte die Wahlnacht die größte Überraschung.“ Fünf Jahre später, 1990, fiel der Wahlkreis wieder der SPD zu. Heute gehört Jürgen Jentsch dem Ausschuß für Innere Verwaltung, Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie sowie als stellvertretendes Mitglied dem Umweltausschuß an. Im letzteren Parlamentsgremium gilt er als engagierter Verfechter alternativer Energien. So bedauert er es, daß der Staat deren Entwicklung in der Vergangenheit kaum gefördert, sondern vernachlässigt habe. Noch als seine Partei der Kernenergie eher wohlwollend gegenüberstand, war er bereits ein entschiedener Gegner des Atomstroms. Der Partei voraus war der Sozialdemokrat auch in einem anderen Bereich. In einer Zeit, wo der Individualverkehr noch den absoluten Vorrang hatte,

machte sich Jürgen Jentsch bereits für den Öffentlichen Personennahverkehr stark.

So mag es auch nicht mehr überraschen, daß der Gütersloher sich als einer der ersten „männlichen“ Parlamentarier für die Gleichberechtigung einsetzte und dem Landtagsausschuß für Frauenpolitik seit seiner Gründung angehört. Heute zählt er zu den wenigen Männern in diesem Gremium und wird von den Kolleginnen längst akzeptiert. „Wir haben ein sehr partnerschaftliches Verhältnis.“ Der Mitinitiator des Frauenförderungsgesetzes ist zuversichtlich, daß es die verfassungsrechtliche Hürde in Karlsruhe nehmen wird. Während sich die Gleichberechtigung in den öffentlichen Verwaltungen allmählich durchsetze, gebe es noch große Schwierigkeiten in den Privatunternehmen und auch im gesellschaftlichen Bereich, urteilt der Abgeordnete. Die Zugehörigkeit zum Ausschuß ist für ihn im übrigen auch ein persönlicher Gewinn. „Man bekommt eine aufgeschlossener Denkweise und sieht schärfer die mannigfaltigen Benachteiligungen des anderen Geschlechts.“

Mit der parlamentarischen Tätigkeit im Landtag und Stadtrat ist das Wirken des Gütersloher Abgeordneten jedoch noch nicht erschöpft. So ist Jürgen Jentsch Kreisvorsitzender des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und der Arbeiterwohlfahrt, ist Unterbezirkschef der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, und er gehört schließlich dem Hauptausschuß des Deutschen Jugendherbergswerkes an. In all diesen Gremien versucht er praxisorientierte Anregungen zu geben und etwas zu bewegen. Kein Wunder, daß für den heute 53jährigen frühere Hobbys, wie Briefmarken und Schmalfilm, „ruhen müssen“. Die notwendige Entspannung holt er sich zu Hause, bei Ehefrau Elisabeth und Sohn Sören.

Jochen Juretko

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstage

vom 16. bis 22. Dezember 1992

16. 12. **Günter Meyer zur Heide** (SPD), 56 J.
 16. 12. **Werner Stump** (CDU), 49 J.
 18. 12. **Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.), 43 J.
 20. 12. **Helmut Hellwig** (SPD), 59 J.
 21. 12. **Dr. Andreas Lorenz** (CDU), 55 J.
 21. 12. **Gerhard Wirth** (SPD), 41 J.
 22. 12. **Horst-Dieter Vöge** (SPD), 45 J.

★

Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Landtagsabgeordnete aus Bochum, ist von der Landessynode der evangelischen Kirche von Westfalen in den „Ständigen Ausschuß für politische Verantwortung“ berufen worden. Dem Ausschuß, der für vier Jahre berufen wird, gehören 24 Mitglieder an. Er berät die Kirchenleitung in Fragen der politischen Verantwortung und bereitet politische Stellungnahmen der Synode vor.

★

Josef Lehmann, ehemaliger Pressechef beim Landtag Nordrhein-Westfalen, hat am 4. Dezember seinen 85. Geburtstag begangen. In einem Schreiben hat Landtagspräsidentin **Ingeborg Friebe** dem Jubilar gratuliert und „alles erdenklich Gute“ gewünscht. Wörtlich stellte die Präsidentin fest: „Sie sind uns als erster Pressechef beim Landtag auch durch ‚Landtag intern‘, das Sie 1970 begründet haben, in lebhafter Erinnerung. Ihr ‚Kind‘ hat sich inzwischen zu einer stabilen und nicht mehr wegzudenkenden Einrichtung des Landtags Nordrhein-Westfalen entwickelt.“ Frau Friebe machte anschließend darauf aufmerksam, daß die Zeitschrift inzwischen bundesweit — selbst in den neuen Bundesländern — viele Nachahmer gefunden habe.

★

Manfred Stolpe (SPD), brandenburgischer Ministerpräsident, hat als höchste Auszeichnung des Mülheimer Karnevals die „Spitze Feder“ erhalten. In der Stadthalle der Stadt an der Ruhr erhielt der Politiker den Orden in Anerkennung seiner Verdienste um das „freie und offene Wort in Sprache und Schrift“. Der nordrhein-westfälische Finanzminister **Heinz Schleußer** (SPD) aus Oberhausen bescheinigte in seiner Laudatio Stolpe, er sei zwar „kein Federgewicht, aber auch kein schwerer Junge“.

★

Hermann Josef Abs, Bankier aus Bonn, und **Christoph Wolff**, Musikwissenschaftler aus Solingen, haben zu gleichen Teilen den mit insgesamt 50 000 Mark dotierten Staatspreis des Landes Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr erhalten. Abs wurde für sein jahrzehntelanges Wirken für die Kultur und seine herausragenden finanz- und wirtschaftspolitischen Verdienste um das Gemeinwohl gewürdigt. Der international renommierte Bachexperte Wolff erhielt den Staatspreis in Würdigung seiner herausragenden wissenschaftlichen und editorischen Leistung als Musikforscher.

★

Lothar Bub, Präsident der Handwerkskammer Arnsberg, ist zum Vorsitzenden des Westdeutschen Handwerkskammertages (WHKT) gewählt worden. Er ist Nachfolger von **Paul Schnitker**, der nach 24 Jahren den Vorsitz in der Vereinigung der sieben Handwerkskammern des Landes Nordrhein-Westfalen abgab.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Einen Wandkalender für das Jahr 1993 gibt der nordrhein-westfälische Landtag heraus. Er zeigt auf zwölf Kalenderblättern Innen- und Außenansichten des Hohen Hauses mit Politikern und Besuchern, wobei der Betrachter einen guten Eindruck von der Modernität der Architektur und der Durchlässigkeit der vielen Glasfronten bekommt. Aus künstlerischem Blickwinkel werden Fotos u. a. vom Eingangsbereich, dem Plenarsaal, der Galerie ehemaliger Präsidenten sowie des Innenhofs wiedergegeben. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe, die den Altenheimen des Landes den Wandkalender kostenlos zur Verfügung stellt, schreibt in einem Vorwort, als Sitz der gewählten Volksvertretung sei das Gebäude ein Symbol für den Parlamentarismus in unserem Land. „Es ist ein Stück gebaute Demokratie: zugänglich, offen, kommunikativ.“ Der Wandkalender, den Pressesekretärin Natascha Brombach auf unserem Bild vorstellt, kann, solange der Vorrat reicht, bei der Pressestelle des Landtags, Postfach 1143, 4000 Düsseldorf 1, bezogen werden.